

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2024



Neuer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gewählt

Landtag Sachsen-Anhalt verdoppelt Mittel für den Härtefallfonds

Eröffnung Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck

Meine Freunde sterben dahin...

Inhalt

Aktuell

- 3 Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR
Neuer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gewählt
Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig
- 4 Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis
- 5 UOKG-Kongress: Solidarität von drüben
Deutsche Gesellschaft e. V.
UOKG zum Tod von Alexei Nawalny
Beratung für Opfer von SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt
- 6 Gelb & Blau gegen Vergessen
Stiftung Berliner Mauer

Aufarbeitung

- 6 Bundesweiter Jugendwettbewerb der Konrad-Adenauer-Stiftung
- 7 Fördermittel zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
8.000 Beratungen von Verfolgten der SED-Diktatur in 2022
- 8 Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten
- 9 Forderung nach Straßenumbenennung
- 10 Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Recht

- 10 Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung
- 11 DDR-Altübersiedler im toten Winkel der Politik?
- 12 Landtag Sachsen-Anhalt verdoppelt Mittel für den Härtefallfonds

Berichte

- 12 UOKG auf der Geschichtsmesse 2024
- 13 Fachtage Enteignungen in SBZ und DDR
- 14 Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht

International

- 13 Gedenken, Mahnen, kein Vergessen

Geschichte

- 17 Meine Freunde sterben dahin...

Verbände

- 18 Nachruf auf Edda Sperling
- 19 Nachruf auf Edgar Strobel
Nachruf auf Rolf Wiese
Eröffnung Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck
- 20 Nachruf auf Hilke Bohley
- 21 BdV begrüßt Berufung der Vertriebenenpolitischen Sprecher

Service/Bücher

- 21 Empfehlungen der Redaktion
- 23 Zeitzeugenaufrufe

Umschlagbild

VOS Sachsen-Anhalt. Copyright Rechteinhaber Gedenkstätten Brandenburg an der Havel Zelle B. Der ehemalige Brandenburger Häftling Wolfgang Stock (1951-2015) erhielt 1983 eine Postkarte mit dieser Zeichnung. Die sehr detaillierte Zeichnung ist heute Bestandteil der Ausstellung in der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden, Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg an der Havel. **Unsere Frage:** Wer erkennt sich ggf. auf der Zeichnung wieder und wie hieß der Maler des Bildes?

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

in meinem heutigen Beitrag möchte ich noch einmal deutlich machen, welche Aufgabe der Stacheldraht für seine Leserinnen und Leser hat. Der Stacheldraht ist eine Informationsschrift, die Interessenten und insbesondere die Geschädigten von SED-Unrecht und Kommunismus über Veranstaltungen, berichtenswerte Ereignisse und aktuelle Entwicklungen und Vorgänge informieren soll. Die Herausgeber und die Redaktion sind bemüht, diesem Anspruch gerecht zu werden. Dabei sind wir Verbesserungsvorschlägen gegenüber jederzeit aufgeschlossen.

Der Stacheldraht soll aber, anders als Boulevardzeitungen, kein Ort sein, in dem Streit, Zweifel, Neid und Missgunst befördert werden. Haben Sie bitte Verständnis dafür, dass nicht jeder eingesandte Beitrag auch veröffentlicht werden kann. Unser Ziel ist es, die Opfer von SED-Unrecht und Kommunismus fachlich qualifiziert und vor allem sachlich zu informieren, so dass Sie, liebe Leserinnen und Leser, im besten Sinne unterstützt werden. Über unseren Leserkreis hinaus hat unsere Verbandszeitschrift auch die Aufgabe, unsere gemeinsame solide und seriöse Arbeit darzustellen. Ich hoffe, dass ich mit dieser Einstellung auch die Meinung der Mehrheit unserer Leserinnen und Leser wiedergebe.

Ein anderes bewegendes Thema ist die Anerkennung der gesundheitlichen Folgeschäden. Sie ist nach wie vor für die Betroffenen ein langjähriger, ermüdender und vor allem entmutigender Prozess. Meist können die Geschädigten den sogenannten ursächlichen Zusammenhang nicht in der geforderten Form nachweisen. Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die SED-Opferbeauftragte Evelyn Zupke dazu am 12. März 2024 dem Deutschen Bundestag einen Sonderbericht vorgelegt hat, in dem sie genau diese Mängel und den gesetzgeberischen Handlungsbedarf



Foto: Dombrowski

deutlich macht. Dieser kann auf der Webseite der Opferbeauftragten eingesehen werden.

Darüber hinaus hat ein von der UOKG e.V. initiiertes Forschungsprojekt den Nachweis von Gesundheitsschäden an einigen Fallbeispielen untersucht. Die Ergebnisse der Forschungen werden Ende April vorgestellt. Sie sollen dann den Behörden und Entscheidungsträgern zur Kenntnis gebracht werden mit dem Ziel, das Verständnis für die Lage der Geschädigten zu erhöhen.

Darüber hinaus möchten wir, dass unsere Leserinnen und Leser über die Ergebnisse zahlreicher Forschungs- und Verbundprojekte besser informiert werden. Ab der nächsten Ausgabe des Stacheldrahtes wird der Forschungsverbund „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ in Form einer Reihe seine unterschiedlichen Teilprojekte und Erkenntnisse vorstellen.

Wir wünschen Ihnen heute und zukünftig eine interessante Lektüre!

Ihr Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG

Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR

Die UOKG e. V. initiierte Ende 2022 eine von der Beauftragten für Kultur und Medien finanzierte Vorstudie mit dem Titel „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in Strafvollzugseinrichtungen der DDR“. Die Durchführung der Forschungen realisierte die Humboldt-Universität zu Berlin unter der Leitung von Professor Jörg Baberowski. Es freut uns, dass diese Studie wie geplant abgeschlossen wird und die beteiligten Wissenschaftler, Dr. Markus Mirschel und Samuel Kunze, am 22. April 2024 die Ergebnisse ihrer Forschungen vorstellen werden.

Die Vorstudie umfasst zwei Teilprojekte. Im ersten Teilprojekt sollten die Möglichkeiten der Rekonstruktion von vollständigen Lieferketten für DDR-Exportprodukte,

die mit Haftzwangsarbeit hergestellt wurden, aufgeklärt werden. Im zweiten Teilprojekt wurden die gesundheitlichen Folgeschäden für die Häftlinge aufgrund krankmachender Arbeitsbedingungen in den Blick genommen. Durch eine intensive Aufklärung der Arbeitsbedingungen u.a. im Hinblick auf verwendete Gefahrenstoffe, soll für die Betroffenen eine Verbesserung bei der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden von Haftzwangsarbeit erreicht werden.

Weiterhin stellt die Sensibilisierung einer breiten Bevölkerung für die zum Teil unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen hergestellten Produkte offenbar eine rein

zivilgesellschaftliche Aufgabe dar. Wirtschaft und Politik haben die Augen vor diesem Unrecht verschlossen, und auch aktuell ist die wirksamere Einflussnahme auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen bei deutschen Importen Gegenstand politischen Streits.

Die Präsentation der Forschungsergebnisse der Vorstudie ist am 22. April 2024, 18.00 Uhr, in der Humboldt Universität zu Berlin. Wir laden Sie recht herzlich zur Präsentation im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin ein.

Um Anmeldung wird gebeten!
Bitte eine kurze Mitteilung an:
s.czech@uokg.de



Neuer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gewählt

Der Landtag in Magdeburg hat am 21. Februar 2024 Johannes Beleites zum neuen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gewählt. Unter den ein Dutzend Kandidaten wurde Herr Beleites mit 81 von 92 gültigen Stimmen gewählt. Drei Abgeordnete in Sachsen-Anhalt stimmten mit Nein, zwei enthielten sich und sechs weitere Stimmen gingen an zwei andere Kandidaten. Er ist zunächst auf fünf Jahre gewählt. Erfahrungsgemäß kann diese Zeit einmalig verlängert werden.

Der Hallenser (geb. 1967) kommt aus einem evangelischen Elternhaus und hatte schon als junger Mann die ersten negativen Erfahrungen mit der Staatssicherheit machen müssen. 1990 hat er im Bürgerkomitee Leipzig bei der Auflösung/Abwicklung der Staatssicherheit mitgewirkt. Kurz nach der Wahl sagte der Neugewählte: Es gäbe weiterhin Betroffene und Opfer der SED-Diktatur, denen müsse eine Stimme gegeben werden. Er folgt der ehemaligen Pfarrerin

Frau Neuman-Becker, die aus dem Amt ausgeschieden ist.

Die VOS Sachsen-Anhalt beglückwünscht Johannes Beleites herzlichst zur gewonnenen Wahl und wünscht viel Durchsetzungskraft zum Wohle der Mitglieder der VOS im Landtag und bei den Behörden in Sachsen-Anhalt. Die UOKG schließt sich der Gratulation an.

Michael Teupel, VOS Sachsen-Anhalt

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Leipzig

Öffentliche Führung

Mittwoch, 27. März 2024, 11.00 Uhr

Mittwoch, 24. April 2024, 11.00 Uhr

Archivführung „Einer Diktatur auf der Spur“

Eine Anmeldung per Telefon unter 030 18 665-3211 oder per E-Mail an leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de wird empfohlen.

Dauerausstellung

Titel: Überwachen. Verängstigen. Verfolgen.

Stasi. Die Geheimpolizei der DDR.

Plakatausstellung des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv zu fünf Themenbereichen und fünf Einzelschicksalen.

Wechslausstellungen

05. Januar bis 31. Dezember 2024

Titel: Aufarbeitung. Die DDR in der Erinnerungskultur.

Eine Ausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur von Dr. Ulrich Mählert und Stefan Wolle.

07. März bis 24. April 2024

Gemeinsam sind wir unerträglich.

Die unabhängige Frauenbewegung in der DDR.

Eine Ausstellung der Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e. V.

Öffnungszeiten der Ausstellungen:

Montag–Freitag 08.00–18.00 Uhr;

Samstag/Sonntag und feiertags 10.00–18.00 Uhr

Das Gebäude ist leider nicht vollständig barrierefrei.

Der Eintritt ist immer frei.

Ort: Alle Veranstaltungen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Leipzig

Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Telefon: 0341 – 2247-3211

Fax: 0341 – 2247-3219

Internet: www.bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Rostock

Dienstag, 09. April 2024, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung – Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Unter-
suchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Ort: Grüner Weg 5, 18055 Rostock
(Angebote in Kooperation mit der LpB M-V/DuG)

Dienstag, 09. April 2024, 13.00–17.00 Uhr

Informationstag – Beratung zu Stasi-Unterlagen
und DDR-Unrecht 13.00–17.00 Uhr
(in Kooperation mit dem Landesbeauftragten
für M-V für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der
Kreivolkshochschule Vorpommern-Rügen)

Vortrag und Gespräch 18.00 Uhr

Rechtsextremismus im DDR-Bezirk Rostock im Spiegel
der Stasi-Akten – Dimensionen, Formen, Folgen
Referent: Dr. Volker Höffer (Bundesarchiv/
Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

Einschl. Eröffnung der Ausstellung „Die Stasi“
Ort: Kreivolkshochschule Vorpommern-Rügen,
Geschäftsstelle Stralsund, Tribseer Damm 76, 18437 Stralsund
(Angebot in Kooperation mit der Kreivolkshochschule
Vorpommern-Rügen)

10. April – 03. Mai 2024

Ausstellung „Die Stasi – Ausstellung über die Geheimpolizei
der DDR“

Montag 08.00–12.00 Uhr

Dienstag/Donnerstag 08.00–12.00 und 13.00–18.00 Uhr
Mi/Fr/Sa/So geschlossen

Ort: Kreivolkshochschule Vorpommern-Rügen
Geschäftsstelle Stralsund, Tribseer Damm 76, 18437 Stralsund

Dienstag, 07. Mai 2024, 13.00–17.00 Uhr

Bürgerberatung: Wie kann ich meine Stasi-Akte einsehen?
Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Unter-
suchungshaft der Staatssicherheit Rostock (DuG)

Ort: Grüner Weg 5, 18055 Rostock

Freitag, 10. Mai 2024, 19.00 Uhr

Vortrag: Ostseeflüchtlinge im Stasi-Visier.
Grenzregime und Fluchtbewegung an der DDR-Ostseeküste.
Referent: Dr. Volker Höffer
(Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv Rostock)

Ort: Haus des Gastes, Rostocker Str. 3, 18181 Graal-Müritz
(Angebot in Kooperation mit der Tourismus- und Kur GmbH
Graal-Müritz)

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv – Außenstelle Rostock
Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck/Dummerstorf
Tel.: 038208 826 1323

E-Mail: Beate.Karow@bundesarchiv.de
Internet: www.stasi-unterlagen-archiv.de/rostock



Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus

Dienstag, 02. April 2024, 18.00 Uhr

Dr. Jutta Braun, die Historikerin vom Leibniz-Zentrum
für Zeithistorische Forschung Potsdam hält ihren Vortrag:
Politische Medizin. Das Ministerium für Gesundheitswesen
der DDR 1950 bis 1970.

Dienstag, 16. April 2024, 18.00 Uhr

Thomas Hartmann, der Referent hält seinen multimedialen
Vortrag zum Thema: Musik – Geschichten aus der DDR.

Dienstag, 30. April 2024, 18.00 Uhr

Robert Otte, der Referent präsentiert seine akribischen For-
schungsergebnisse: Der Moskauer „Prozess gegen den Block
der Rechten und Trotzlisten“ 1938 und das deutsche politi-
sche Exil.

Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus
Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin-Mitte (Nikolaiviertel)
Tel.: 030 – 283 43 27; www.Gedenkbibliothek.de



Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis

Veranstaltungsreihe „Jugendopposi-
tion und Devianz in der späten DDR“.
Gemeinsam mit dem Institut für Politik-
wissenschaft der TU Chemnitz und der
Volkshochschule Chemnitz sowie in Zu-
sammenarbeit mit der Sächsischen Lan-
deszentrale für politische Bildung und
mitfinanziert von der Sächsischen Landes-
beauftragten zur Aufarbeitung der SED-
Diktatur veranstaltet(e) der Lern- und
Gedenkort Kaßberg-Gefängnis in Chem-
nitz eine dreiteilige Reihe unter dem Titel

„Jugendopposition und Devianz in der
späten DDR“.

Zwei Veranstaltungen davon waren/sind
öffentlich: Die erste Veranstaltung war am
Donnerstag, 07. März 2024: „Punk in der
DDR – Schrei nach Freiheit oder nur Kopie
des Westens?“ Multimediale Lesung und
Zeitzeugengespräch mit Geralf Pochop

Freitag, 17. Mai 2024, 19.00 Uhr

Ort: Lern- und Gedenkort

Kaßberg-Gefängnis, Kaßbergstr. 16 c,
09112 Chemnitz: „Red Metal“:
Die Heavy-Metal-Subkultur der DDR –
Vortrag von Nikolai Okunew. Der Eintritt
ist frei, Anmeldungen bitte per E-Mail an
veranstaltungen@gedenkort-kassberg.de.

Weitere Informationen und Fotos
zu den einzelnen Veranstaltungen
finden Sie unter: [https://
gedenkort-kassberg.de/
veranstaltungen/](https://gedenkort-kassberg.de/veranstaltungen/)



UOKG-Kongress: Solidarität von drüben

**Freitag, 19. April 2024,
11.00–18.00 Uhr**

Solidarität von drüben –
bürgerschaftliches Engagement
für die DDR-Opposition.

Ort: Vertretung des Freistaates
Sachsen beim Bund, Brüderstraße 11/12,
10178 Berlin.

Über die gesamte Geschichte der SBZ/
DDR hinweg gab es spontane oder auch
„von unten“ organisierte Solidarität von
Bundesbürgern mit Menschen im Osten.
Dies reichte von den berühmten Weih-
nachtspaketen innerhalb der Verwandt-
schaft bis hin zu Drucktechnik für illegale
Zeitschriften des Samisdat. Die geübte
Solidarität von Bundesbürgern aus dem

Westen mit politisch widerständigen
Gruppen sollte im 30. Jahr der Wieder-
vereinigung zum Thema eines Kongresses
werden. Dann kam Corona dazwischen...
Wir holen den Kongress mit Prominenten
und weniger Bekannten nach. Es ist zu-
gleich ein selten ausgesprochenes „Dan-
keschön!“, moderiert von Isabel Fann-
rich, Journalistin beim Deutschlandfunk.

Anmeldung und weiterführende Informationen:

Bitte melden Sie sich an, damit wir
Imbiss und Stühle planen können.

Programm: [https://www.uokg.de/
thema/aktuelles/veranstaltungshinweise/](https://www.uokg.de/thema/aktuelles/veranstaltungshinweise/)

Anmeldeformular: [https://
www.uokg.de/formular_solidaritaet/](https://www.uokg.de/formular_solidaritaet/)

Rückfragen und Bemerkungen an:
soli.von.drueben@uokg.de (siehe auch
unter Kontakte/Geschäftsstelle)

Wir danken der Sächsischen Vertretung
beim Bund für die freundliche Einladung und
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der
SED-Diktatur für die finanzielle Förderung.

Die Veranstaltung ist kostenlos.

Idee: Wer möchte, darf einen (1) Gegen-
stand mitbringen, der als „Solidarität von
drüben“ über die innerdeutsche Grenze
wechselte (Matrizen, Kassetten o.ä.).
Dazu eine kurze Beschreibung (max.
2.000) Zeichen. Es braucht keine Bewei-
se. Wir wollen Geschichten sammeln. 🇩🇪

Deutsche Gesellschaft e. V.

Workshops: 2024 | bundesweit | Work-
shopreihe „Geschichte im Koffer“ – Spu-
ren des Alltags in den Lagern des Gulag-
Systems. In enger Zusammenarbeit mit der
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-
Diktatur führen wir in diesem Jahr das Mo-
dellprojekt „Geschichte im Koffer“ durch.
Es ermöglicht Schülerinnen und Schülern,
am Beispiel von Objekten aus einem „Ge-
schichtskoffer“, den Alltag und die Er-
fahrungen Gefangener in den Lagern des
Gulag-Systems zu erforschen. Interessierte
Lehrkräfte können sich per Mail anmelden.

Veranstaltungen: 12.–14.06.2024 |
Tagung „Wir konnten ja schon viel eher
wieder in die Heimat“ – Vertriebene,
(Heimweh-)Touristen und ‚Neusiedler‘ in
den Grenzgebieten der DDR, Tschecho-
slowakei und der Volksrepublik Polen.
Projektseite: [https://www.deutsche-ge-
sellschaft-ev.de/veranstaltungen/konfe-
renzen-tagungen/1828-2024-vhtns.html](https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1828-2024-vhtns.html)

14.–21.07.2024 | Mitteldeutschland |
Bildungsradreise: „Vom Todesstreifen zur
Lebenslinie: Auf den Spuren der europä-
ischen Teilung mit dem Fahrrad entlang
des Grünen Bandes.“

Projektseite: [https://www.deutsche-ge-
sellschaft-ev.de/veranstaltungen/konfe-
renzen-tagungen/1828-2024-vhtns.html](https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/1828-2024-vhtns.html)

Bildungsreise: 11.–18.08.2024 | Li-
tauen | Bildungsradreise: „Auf zwei
Rädern den ‚Mikrokosmos Europas‘ er-
fahren. – Junge Menschen erkunden ge-
meinsam die Memelregion.“

Projektseite: [https://www.deutsche-
gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/
studienreisen/1826-memel-2024.html](https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/studienreisen/1826-memel-2024.html)

Vortragsreihe: [https://www.deutsche-
gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/
freundeskreise-veranstaltungen/
1814-freundeskreis-vortraege-2024.html](https://www.deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/freundeskreise-veranstaltungen/1814-freundeskreis-vortraege-2024.html)

Kontakt:
Deutsche Gesellschaft e. V.
Mauerstr. 83/84
Berlin 10117
Tel.: +49 (0)30 88 412 141
Fax: +49 (0)30 88 412 223
E-Mail: dg@deutsche-gesellschaft-ev.de
Internet: www.deutsche-gesellschaft-ev.de

UOKG zum Tod von Nawalny

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft sagt zum Tod des russischen Bürgerrechtlers Alexei Anatoljewitsch Nawalny: „Schon Ronald Reagan hatte die ehemalige Sowjetunion einmal als ‚Reich des Bösen‘ bezeichnet. Unter Putin hat sich dieser Eindruck, bezogen auf den international gesuchten Wladimir Putin, in schlimmer Weise bestätigt.“

Es bleibt zu hoffen, so Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, dass außer den Beileidsbekundungen aus aller Welt auch durch Handeln, wie beispielsweise einer stärkeren Unterstützung des Freiheitskampfes der Ukraine, Taten folgen. Auch die Russen haben es verdient in demokratischen Verhältnissen zu leben.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
<https://www.uokg.de/>

Beratung für Opfer von SED-Unrecht in Sachsen-Anhalt

Die Beratungstermine in Sachsen-Anhalt und der Landeshauptstadt Magdeburg finden am Schleinufer 12, 39104 Magdeburg immer dienstags von 14.00 bis 17.00 Uhr statt. Informationen zu den Beratungsorten, Termine und Anmeldung sind unter Telefon 0391/5 60-15 05 oder E-Mail (info@lza.lt.sachsen-anhalt.de) möglich und erforderlich.

Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
Kontakt: Schleinufer 12, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391/5 60-15 01; Telefax: 0391/5 60-15 20; E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de
Internet: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de>

Gelb & Blau gegen Vergessen

Fotoausstellung von Matthias „Mulinarius“ Müller

24.02.–30.04.2024,
Montag-Freitag: 10.00–18.00 Uhr,
Samstag-Sonntag: 11.00–18.00 Uhr

Ort: Campus der Demokratie,
„Haus 22“, <https://xn--campus-fr-demokratie-wec.berlin/>

Seit nunmehr zwei Jahren führt die Russische Föderation einen umfänglichen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Den völkerrechtswidrigen Bombardierungen ukrainischer Städte fielen über 17.000 Zivilisten zum Opfer. Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht. Seit der Invasion am 24. Februar 2022 kennt die Zerstörungswut keine Grenzen.


Mit den in gelb und blau eingefärbten Aufnahmen des Fotografen Mulinarius senden die Partner der 'Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie' zum Jahrestag der umfänglichen russischen Invasion ein Zeichen der Solidarität von Berlin nach Kyjiw und zeigen, dass Frieden und Demokratie in Europa keine Selbstverständlichkeit sind.

Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Der Veranstaltungsort ist nicht barrierefrei.

Spende: Die Bilder der Ausstellung „Blau und Geld gegen Vergessen“ können für einen gemeinnützigen Zweck erworben werden. Eingehende Spenden kommen der Initiative #WeAreAllUkrainians zugute.

Weitere Informationen dazu finden Sie auf <http://www.mulinarius.de/Ukraine/>; <https://www.mulinarius.de/ausstellung-campus-fuer-demokratie/>

Eine Kooperation von Bundesarchiv-Stasi-Unterlagen-Archiv, Robert-Havemann-Gesellschaft. Archiv der DDR-Opposition e. V. und Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Die Robert-Havemann-Gesellschaft wird gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und den Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

<https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/veranstaltungen/vernissage-der-fotoausstellung-von-matthias-mulinarius-mueller-gelb-blau-gegen-vergessen> 

Stiftung Berliner Mauer

Donnerstag, 18. April, 19.00 Uhr Veranstaltungsreihe:

Kirche als Lernort der Demokratie

Veranstaltung: Erwartungen an die Demokratie. Motive für die Beteiligung an gesellschaftspolitischen Prozessen.

Ort: Theologisches Konvikt Berlin,
Borsigstraße 5, 10115 Berlin

Viele Menschen, die sich in Ostdeutschland vor und um 1989 in kritischen Kreisen unter dem Dach der Kirche or-

ganisierten, träumten von einer besseren DDR. Wie sahen ihre Visionen für eine reformierte DDR aus? Welche Erwartungen hatten sie an die Demokratie? Welche Hoffnungen motivierten sie zu politischer Opposition?

In Kooperation mit der Evangelischen Akademie zu Berlin, gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Anmeldung: Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH, Charlottenstraße 53/54
10117 Berlin

Tel.: (030) 203 55 - 0

Fax: (030) 203 55 - 550

Über diese Veranstaltungsreihe:

Projektleitung „Kirche als Lernort der Demokratie“

Telefon: (030) 203 55 - 507

Internet: <https://www.eaberlin.de/themen/projekte/kirche-ddr/>



Bundesweiter Jugendwettbewerb der Konrad-Adenauer-Stiftung

Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar ruft die Konrad-Adenauer-Stiftung zur Teilnahme am bundesweiten Jugendwettbewerb „denkt@g“ auf. Dieser steht unter der Schirmherrschaft des Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundestagspräsident a.D. Prof. Dr. Norbert Lammert.


Unter dem Themenschwerpunkt „Erinnern, Hinschauen, Verändern – Licht in dunkler Zeit“ sind junge Menschen im

Alter von 16 bis 22 Jahren dazu aufgerufen, sich in unterschiedlicher Form in Aufsätzen, Recherchearbeiten, Interviews und anderen Projekten mit dem Nationalsozialismus und der Shoa, oder auch mit aktuellen Fragen zu Antisemitismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Angesichts eines zunehmenden und offen zu Tage tretenden Antisemitismus, der sich in Hetze und Gewalt, aber auch in subti-

leren Formen der Ablehnung und Anfeindung äußert, ist dies dringender denn je!

Die Wettbewerbsbeiträge gilt es mediengerecht in Form von kreativ gestalteten Instagram-Kanälen bis zum 31. Oktober 2024 einzureichen. Zu gewinnen gibt es Geld- und Sachpreise, die im Rahmen einer großen Preisverleihung in Berlin verliehen werden.

Weitere Informationen auf der denkt@g-Homepage. 

Fördermittel zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

1,89 Mio. Euro gingen 2023 an 23 Initiativen und Projekte in Berlin, die sich mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur befassen und befassten. Das sind rund 290.000 Euro mehr als im Jahr 2022.

Mit knapp 624.000 Euro davon floss rund ein Drittel der Gesamtfördersumme 2023 an Einrichtungen, die SED-Opfer in Fragen der Rehabilitierung beraten oder psychosoziale Unterstützung anbieten. „Der Bedarf an Beratung für in der DDR politisch Verfolgte besteht weiterhin.“, konstatiert der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte Frank Ebert. „Manche Betroffene sehen sich erst nach Jahrzehnten in der Lage, sich mit ihrer Verfolgungsgeschichte auseinanderzusetzen und Ansprüche geltend zu machen.“

Größte Einzelempfängerin in diesem Bereich ist die Psychosoziale Initiative Moabit e. V. mit ihrer Beratungsstelle Gegenwind, die mit rund 229.000 Euro gefördert wurde. Gegenwind berät Menschen, die an psychischen Folgen von politischer Verfolgung, willkürlicher Inhaftierung, Zersetzung oder anderen staatlichen Repressionen in der SBZ/DDR leiden. BAB-Fördermittel für Betroffenenberatung


erhielten außerdem das Bürgerbüro e.V., die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. und die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. Diese Einrichtungen informieren über die Möglichkeiten einer strafrechtlichen, verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung sowie über mögliche Unterstützungsleistungen. Darüber hinaus bieten sie soziale und psychosoziale Beratung an.

Rund zwei Drittel der Fördermittel, mehr als 1,1 Millionen Euro, flossen 2023 in Projekte und Initiativen der historisch-politischen Bildung. So erhielt zum Beispiel die Kulturprojekte Berlin GmbH 150.000 Euro, um das Programm rund um den 35. Jahrestag von Friedlicher Revolution und Mauerfall in diesem Jahr zu planen und vorzubereiten. 65.000 Euro gingen an die ASTAK e.V., die mit dem Geld den Ausstellungsbetrieb des Stasimuseums auf dem Gelände des Campus für Demokratie sicherstellt. Der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte unterstützte außerdem mit 47.500 Euro die Produktion der Fernsehdokumentation „East – Jungsein in der DDR. Sag mir, wo du stehst“. Die Dokumentation, zu der auch eine sechsteilige Online-Serie gehört, richtet sich insbe-

sondere an ein junges Publikum. Die Ausstrahlung in der ARD-Mediathek ist für Herbst 2024 geplant. Für die Erweiterung der berlinHistory-App und einen Social-Media-Liveticker zum 70. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 flossen knapp 30.000 Euro an berlinHistory e.V. **„Ob Ausstellung, Smartphone-App oder Fernsehdokumentation – die Aufklärung über Diktaturen muss auf sämtlichen Kanälen stattfinden“, sagt Frank Ebert. „Deshalb unterstützen wir breit gefächerte Projekte in Berlin, die Menschen aller Altersgruppen erreichen.“**

Der Auftrag zur Förderung von Projekten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur ergibt sich aus dem Berliner Aufarbeitungsbeauftragtengesetz. Die Gesamtübersicht über die Projekte ist auf der Webseite des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten abrufbar.

Projektförderung 2023:

Gesetz über den Beauftragten oder die Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin: <https://www.berlin.de/aufarbeitung/beratung/gesetzestexte/artikel.455929.php#foerderung>, <https://www.berlin.de/aufarbeitung/projektfoerderung/artikel.1416244.php> 

8.000 Beratungen von Verfolgten der SED-Diktatur in 2022

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB), Frank Ebert, hat die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin dazu aufgerufen, auch in Zukunft auskömmliche Mittel bereitzustellen, damit das Beratungsangebot für ehemals politisch Verfolgte in Berlin aufrechterhalten werden kann. Allein im Jahr 2022 haben der BAB und die von ihm geförderten Einrichtungen mehr als 8.000 Beratungen von Betroffenen durchgeführt.

„Auch in Zukunft muss gesichert werden, dass dieses Angebot in vollem Umfang zur Verfügung steht“, sagte Ebert bei der Vorstellung der Tätigkeitsberichte der Jahre 2020 bis 2022 im Abgeordnetenhaus. „Wir verfügen in Berlin über eine historisch gewachsene und in ihrer Diversität einzigartige Beratungslandschaft für ehemals politisch Verfolgte der kommunistischen Diktatur. Dieser Erfolg ist abhängig von einer verlässlichen Projektför-


derung, wie wir sie aktuell gewährleisten können.“

Der BAB fördert die Beratungseinrichtungen Bürgerbüro e. V., die Psychosoziale Initiative Moabit e. V., die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e. V. (UOKG) und die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. (VOS). Ehemals Verfolgte können sich in diesen Einrichtungen beispielsweise zu allen Fragen rund um die Rehabilitierungsmöglichkeiten nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, die Opferrente oder die Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden beraten lassen.

Neben der Unterstützung politisch Verfolgter der kommunistischen Diktatur bleibt die Vermittlung von Wissen über die SED-Diktatur für Frank Ebert eine wesentliche Aufgabe der Gegenwart. „Es ist wichtig zu verstehen, wie das totalitäre System in den Alltag hineinherrschte,

dass Alltag und Diktatur eben nicht getrennt funktionierten.“ Deshalb bleiben die Erforschung von und die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Facetten von Herrschaft, Alltag und Opposition in der sowjetischen Besatzungszone sowie der DDR weiterhin wichtig, so der Berliner Aufarbeitungsbeauftragte. „Sie sind eben keine bloße Beschäftigung mit der Vergangenheit; sie haben unmittelbare Relevanz für Gegenwart und Zukunft.“

Künftig sollte der Fokus nach Auffassung Eberts dabei nicht nur auf die Repressionsstrategien des Ministeriums für Staatssicherheit gerichtet sein, sondern stärker die SED als Auftraggeberin von Überwachung und Unterdrückung in den Blick nehmen. Auch Opposition und Widerstand sollten als wichtige Teile der deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte verstärkt berücksichtigt werden.

Die vollständige Rede von Frank Ebert sowie die BAB-Tätigkeitsberichte können auf der Webseite des Berliner Aufarbeitungsbeauftragten heruntergeladen werden: www.aufarbeitung-berlin.de 

Aus der Arbeit der SED-Opferbeauftragten

Liebe Leserinnen und Leser des Stacheldrahts,

bei meinem ersten Beitrag unter dieser Rubrik (Stacheldraht Nr. 08/2023) hatte ich Ihnen gegenüber angekündigt, dass es mein Anliegen sei, auch bei Themen, die die Politik schon vor Jahren für sich scheinbar abgeschlossen hat, dafür zu sorgen, dass diese Themen endlich wieder auf die Tagesordnung der Bundespolitik kommen. Dabei nannte ich die Renten der früheren DDR-Flüchtlinge. Hierzu möchte ich Ihnen heute mehr berichten.

Vielen von Ihnen wird die Problematik rund um die Fremdrenten auch aufgrund der regelmäßigen Berichte hier im Stacheldraht bekannt sein. Sehr gerne möchte ich dennoch die wichtigsten Hintergründe kurz darstellen.

Für Übersiedler und Flüchtlinge aus der DDR galt bis 1992 in der Bundesrepublik das Fremdrentengesetz (FRG). Demnach wurde die in der DDR geleistete Arbeit der Betroffenen als in der Bundesrepublik erbrachte Leistung eingestuft.

Zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung nach der Wiedervereinigung trat 1992 das Renten-Überleitungsgesetz (RÜG) in Kraft. Seitdem fließen in der DDR zurückgelegte Zeiten einheitlich gemäß § 256a des Sechsten Buchs Sozialgesetzbuch (SGB VI) nach dem dort versicherten Verdienst in die Rentenberechnung

ein. Dies gilt nach derzeitiger Anwendungspraxis auch für Übersiedler und Flüchtlinge, obwohl diese zum Zeitpunkt des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland keine im Beitrittsgebiet begründeten rentenrechtlichen Rechtspositionen mehr inne hatten, da sämtliche Anwartschaften und Ansprüche, die sie in den Alterssicherungssystemen der DDR erworben hatten, mit der Ausreise oder Flucht grundsätzlich erloschen waren.

Dies führt im Ergebnis zu teils erheblichen Renteneinbußen, vor allem wenn die Betroffenen von der in der DDR bestehenden Möglichkeit, Beiträge zur Freiwilligen Zusatzrentenversicherung (FZR) zu zahlen, keinen Gebrauch gemacht haben. Nur die Personen, die beim damaligen Inkrafttreten der Gesetzesänderungen zu den rentennahen Jahrgängen (Geburtsjahrgänge vor 1937) gehörten, werden weiterhin von der Deutschen Rentenversicherung bei der Rentenberechnung nach dem FRG berücksichtigt.

Insbesondere mit Blick auf die damaligen Plenarprotokolle des Bundestages wird deutlich, dass diese konkreten Auswirkungen auf die DDR-Geflüchteten und Ausgereisten im Parlament nicht ausdrücklich thematisiert wurden. Auch wurden die Betroffenen über die zum Teil tiefgreifenden Einschnitte nicht informiert, sondern erfuhren grundsätzlich erst bei Erteilung des tatsächlichen Rentenbewilligungsbescheids, dass für sie nicht mehr das FRG gelte.

In der Folge wendeten sich zahlreiche Betroffene mit Petitionen an den Bundestag. Der Petitionsausschuss erkannte in seiner Beschlussempfehlung im Jahr 2012 die problematischen, wenn auch rechtlich wirksamen Auswirkungen des RÜG für den hier angesprochenen Personenkreis an und überwies die Petition dem zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit entsprechenden Lösungsansätzen zur weiteren Bearbeitung.

Das BMAS kam unter Berücksichtigung eines hierzu erstellten Gutachtens allerdings zu dem Fazit, dass eine vom Petitionsausschuss vorgeschlagene Neuregelung verfassungswidrig sei und vorbehaltlich einer anderslautenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts für eine Änderung der geltenden Regelungen kein Anlass gesehen werde. Somit blieb es trotz der klaren Aussagen und Empfehlungen des Petitionsausschusses bei der angewandten Praxis.

Damit konnten und wollten sich die Betroffenen und Betroffenenvertreter nicht zufrieden geben und reichten 2018 erneut eine Petition in Form einer Beschwerde beim Deutschen Bundestag ein.

Seit meinem Amtsantritt im Juni 2021 bewegen mich die Schilderungen der Betroffenen, die mir von ihrer Flucht und ihrer Ausreise berichten, von dem Zurücklassen des bisherigen Lebens, den Verwandten, den Freunden und dem gewohnten Umfeld, um in Freiheit leben zu können, sehr. So entschied ich mich, zu der immer noch ausstehenden Entscheidung der gerade erwähnten Petition eine umfangreiche Stellungnahme abzugeben, um der Sicht der Betroffenen mehr Gewicht zu geben.

Im Mai vergangenen Jahres haben sich die zuständigen Abgeordneten der Bundestagsfraktionen zu einem sogenannten Berichterstattergespräch zusammengefunden, zu welchem auch ich eingeladen war. Dort konnte ich den Abgeordneten im persönlichen Gespräch vor Augen führen, welche Bedeutung die Thematik für die Betroffenen hat. Eindruck hinterließ insbesondere mein Hinweis auf den „Wegweiser für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR“ des Bundesministeriums des Innern, welchen die Betroffenen nach ihrer Ankunft in den Notaufnahmelagern in Westdeutschland und Westberlin erhielten. Sozusagen ihr



Frau Zupke mit dem Wegweiser für Flüchtlinge und Übersiedler aus der DDR. Quelle: Team Zupke.

erster Kontakt mit dem Rechtsstaat, der ihnen suggerierte, dass sie als Flüchtlinge rentenrechtlich so behandelt werden, als hätten sie ihr gesamtes Arbeitsleben in der Bundesrepublik verbracht. Darauf haben die DDR-Geflüchteten und Ausgereisten vertraut. Selbst das BMAS verbreitete in seiner jährlich erscheinenden „Übersicht über das Sozialrecht“ noch im Jahr 2006 die Information, dass für den betroffenen Personenkreis rentenrechtliche Ansprüche im Fremdrentengesetz geregelt seien.

Gegenüber den Abgeordneten habe ich vorgeschlagen, dass der Petitionsausschuss die Betroffenen und weitere Experten zu einer Anhörung in den Bundestag einladen sollte. Eine langjährige Forde-

rung der Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF). Leider steht die Entscheidung des Ausschusses über meinen Vorschlag noch aus. Ich halte aber weiter an meinem Vorschlag fest. Es kann nicht sein, dass der Petitionsausschuss in 2010 eine Anhörung zu den rentenrechtlichen Ansprüchen der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter durchgeführt hat. Die Verbände der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter mögen so hohe Mitgliederzahlen und weitere Unterstützer haben, dass sie die für eine öffentliche Anhörung übliche Anzahl an Stimmen (Quorum) in Höhe von 50.000 erreichen konnten.

Ich bin aber der festen Auffassung, dass insbesondere die Menschen, die dem SED-Staat den Rücken zugekehrt und

damit einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenbruch des System geleistet haben, mit ihrem Anliegen weitaus mehr Gehör im Parlament finden sollten. Das Quorum ist ein wesentliches Kriterium in Petitionsverfahren. Es ist jedoch nicht das Einzige. Die gesellschaftliche Relevanz dieses Themas, die Frage, wie wir als Gesellschaft mit den Menschen umgehen, die sich gegen den SED-Staat gestellt haben. Diese Frage ist gerade in diesem Jahr, in dem wir den 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls begehen, aus meiner Sicht eine ausreichende Grundlage, um eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss zu ermöglichen.

Ihre Evelyn Zupke

Forderung nach Straßenumbenennung

In den Dörfern Brandenburgs lebt Wilhelm Pieck noch. Bis heute sind noch insgesamt 18 Straßen in Brandenburg nach dem früheren SED-Vorsitzenden und Präsidenten der DDR benannt. Die FDP und Opferverbände fordern nun die Umbenennung.

Deutliche Worte findet auch der Bundesvorsitzende der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), Dieter Dombrowski. Wilhelm Pieck war mitverantwortlich an der Vollstreckung von Todesurteilen, so Dombrowski: „Es gibt für mich keinen Zweifel daran, dass Wilhelm Pieck in die Reihe der kommunistischen Verbrecher einzuordnen ist, auch wenn er als der „gemütliche Onkel Pieck“ angesehen wurde“, sagt er. „Pieck war mitverantwortlich am Verrat von Kommunisten im Moskauer Exil, an dem Aufbau der Diktatur in der DDR und an der Vollstreckung von Todesurteilen an unschuldigen Menschen.“ Dass solche Menschen immer noch durch Straßennamen geehrt würden, während die Namen anderer fragwürdiger Menschen ohne kommunistischen Hintergrund aus der Öffentlichkeit entfernt werden, zeuge von einem eingeschränkten Geschichtsbewusstsein.

Dieter Dombrowski, der Landtagsvizepräsident war, verbindet im Übrigen eine ganz eigene Geschichte mit Wilhelm Pieck: Weil er das achte Kind einer Großfamilie war, wurde er Ehrenpatenkind von Wilhelm Pieck. Nach seiner Stasi-Haft und dem Freikauf durch die Bundesrepublik ließ der Havelländer CDU-Politiker die



Straßenschild in der Gemeinde OBmannstedt in der Thüringer Landgemeinde Ilmtal-Weinstraße im Nordosten des Landkreises Weimarer Land., CC BY-SA 3.0, File:OBmannstedt Wilhelm-Pieck-Straße Straßenschild. Erstellt: 15. Juni 2010.

Patenschaftsurkunde 1974 an die DDR-Regierung zurückschicken.

Wilhelm Pieck: 03. Januar 1876 – 07. September 1960

Pieck zählt in der Weimarer Republik zu den führenden kommunistischen Funktionären. Im Februar 1933 emigriert er nach Prag, von dort nach Paris und später nach Moskau. Da Ernst Thälmann in Deutschland inhaftiert ist und die Nationalsozialisten dessen unmittelbaren Nachfolger John Schehr im Februar 1934 ermorden, übernimmt Pieck den Vorsitz der KPD im Exil. Er wirkt vor allem nach außen, ist in dieser Funktion aber im Zuge der Stalinischen "Säuberungen" auch an der Verfolgung vieler deutscher Kommunisten beteiligt, die vor dem Nationalsozialismus Zuflucht in der Sowjetunion gesucht haben. Pieck zählt 1943 zu den Gründern des Nationalkomitees Freies Deutschland. 1945 kehrt er in die Sowjetische Besatz-

ungszone Deutschlands zurück und wird 1949 zum ersten Staatspräsidenten der DDR gewählt. Dieses Amt hat er bis zu seinem Tod im September 1960 inne.

GEDENKSTÄTTE

DEUTSCHER WIDERSTAND:

https://www.gdw-berlin.de/vertiefung/biografien/personenverzeichnis/biografie/view-bio/wilhelm-pieck/?no_cache=1

LITERATUR: Wilhelm Pieck: Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953. Berlin 1994

Vollständiger Artikel unter: <https://www.tagesspiegel.de/potsdam/brandenburg/forderung-nach-strassenumbenennung-in-den-dorfern-brandenburgs-lebt-wilhelm-pieck-noch-11179735.html>
Originalbeitrag von Benjamin Lassiwe in „Der Tagesspiegel/Regional/ Brandenburg“ vom 08.02.2024




Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße

Im letzten Jahr besuchten mehr als 7.100 Schüler die Gedenkstätte Lindenstraße, was die Bedeutung dieses außerschulischen Lernortes im Land Brandenburg unterstreicht. Durch den Abbau von Barrieren wird die Gedenkstätte zudem für immer mehr Menschen zu einem inklusiven Ort, an dem sie sich kritisch mit der Geschichte politischer und rassistischer Verfolgung und Haft im 20. Jahrhundert auseinandersetzen können. Neben den schon etablierten Tastführungen und Führungen in Leichter Sprache durch die Gedenkstätte, werden nun weitere Barrieren abgebaut und ein Angebot für gehörlose Menschen bereitgestellt. Um das Angebotsspektrum darüber hinaus um innovative und attraktive Bildungsformate zu erweitern, spielt außerdem der Einsatz von digitalen Technologien eine immer größere Rolle. Mit Unterstützung des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

(MBS) entwickelte die Gedenkstätte multimediale Spurensuchen mit der App Actionbound.

Seit 2022 fördert auch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) die Bildungsarbeit der Stiftung mit dem aufwendigen, mehrjährigen Projekt „Vergangenheit verstehen“, das mittlerweile die zweite Projektphase erreicht hat. Aktuell wird ein Gedenkstättenguide in Deutscher Gebärdensprache entwickelt. Die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße erinnert mit ihren Sonderausstellungen im Jahr 2024 an wichtige Aspekte der Diktatur- und Demokratiegeschichte, die unmittelbar mit der Nutzung des historischen Haft- und Justizortes in der Lindenstraße in Zusammenhang stehen. Im Mai 2024 jährt sich die Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 und die daran anschließende doppelte deutsche Staatsgründung zum 75. Mal.

In der zweiten Jahreshälfte steht das Thema NS-Zwangsarbeit im Fokus der Gedenkstättenaktivitäten. Die Sonderausstellung mit dem Arbeitstitel „Disziplinieren durch Strafen. Zwangsarbeiter als NS-Justizgefangene im Landgerichtsbezirk Potsdam (1940–1945)“ präsentiert ab Mitte September anhand ausgewählter Biografien zentrale Aspekte der Verfolgungs- und Urteilspraxis am Amts- und Landgericht Potsdam und verweist auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen im heutigen Land Brandenburg. Ein Katalog und ein umfangreiches Begleitprogramm zur Ausstellung sind in Planung.

Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße
Lindenstraße 54, 14467 Potsdam
Tel.: +49 (0)331-971 89 005
E-Mail: presse@
gedenkstaette-lindenstrasse.de
www.gedenkstaette-lindenstrasse.de 

Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung

Der Härtefallfonds der Bundesregierung verfehlt sein Ziel. Korrekturen im sind Fremdretenrecht dringend notwendig. Am 31. Januar 2024 lief die Frist aus, Zahlungen aus dem Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Härtefälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung zu beantragen. Von bisher 48.543 fertig bearbeiteten Anträgen wurden laut Mitteilung der Bundesregierung lediglich 13.483 genehmigt (Stand 26. Januar 2024). Gestellte Anträge aus dem Personenkreis der Spätaussiedler werden überproportional häufig abgelehnt.


Hierzu erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius: „Aussiedler und Spätaussiedler, die von Altersarmut betroffen oder akut davon bedroht sind, brauchen dringend eine Anpassung der Fremdretengesetzgebung, wie sie der BdV seit vielen Jahren immer wieder fordert. Dies zeigt sich auch in den Zwischenergebnissen des 'Fonds zur Abmilderung von Härtefällen im Bereich der Spätaussiedler, der jüdischen Kontingentflüchtlinge und in der Ost-West-Rentenüberleitung', für den die Möglichkeit zur Antragstellung ausgelaufen ist.“

Eine halbe Milliarde Euro hat die Bundesregierung ohne die Beteiligung einzelner Bundesländer in der Umsetzung eines Koalitionsbeschlusses zur Verfügung gestellt. Beim aktuellen Stand von ca. 165.000 Anträgen ist schon jetzt klar, dass diese Mittel nicht ausgeschöpft werden können. Noch klarer wird dies, wenn man sich die Zahlen des zuständigen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vor Augen führt, wonach bislang nur knapp jeder dritte Antrag positiv beschieden wurde.

Mehr als die Hälfte der eingegangenen Anträge kommen aus dem Personenkreis der Spätaussiedler. Zum Stichtag heute ist die Quote der ablehnenden Bescheide im Verhältnis zu den zwei anderen Antragstellergruppen überproportional hoch. Es ist zu befürchten, dass dieser Trend sich fortsetzt und verstetigt. Grund dafür sind die politisch willkürlich gesetzten Stichtagsregelungen, die der BdV von Anfang an kritisiert hat.

Mit der Begrenzung, dass nur Spätaussiedler antragsberechtigt sind, die zudem vor dem 01. April 2012 nach Deutsch-

land gekommen und zu dem Zeitpunkt mindestens 50 Jahre alt gewesen sein müssen, werden mehrere Zehntausende von sozialer Not betroffene Menschen ausgeschlossen. Das ist angesichts der jetzt bekannt gewordenen Antragszahlen und Bescheidquoten sowie angesichts der Not unverantwortlich. Damit verfehlt der Härtefallfonds sein Ziel. Wünschenswert wäre es, nochmals neu über die willkürlichen und in den Gruppen unterschiedlichen Stichtage zu verhandeln, um sicherzustellen, dass diese soziale Geste der Einmalzahlung so viele Notleidende wie möglich erreicht. Es ist befremdlich, dass die „übrigbleibenden“ Mittel nach Plänen der Bundesregierung „an die Staatskasse zurückgehen“ sollen, statt an Betroffene ausbezahlt zu werden.

Bunde der Vertriebenen,
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72–74, 53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52
Hauptstadtvertretung:
Stresemannstraße 94
10963 Berlin 

DDR-Altübersiedler im toten Winkel der Politik?

Deutsche mit Flucht-und-Ausreise-Hintergrund und die Rechtsstaatlichkeit: Die „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF) ist eine Organisation der Zivilgesellschaft. Der Verein hatte sich am 23. Juli 2008 in der Gedenkstätte Point Alpha gegründet. In der Satzung §2 (Vereinszweck) ist u. a. festgeschrieben, „mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln an einem Stück Aufarbeitung deutscher Geschichte mitzuwirken“. Der Vorstand der IEDF sowie eine große Zahl von Mitgliedern haben daran intensiv gearbeitet.

Im Mittelpunkt der Recherchen stand die Rechtsfrage: Wie kommen die DDR-Flüchtlinge in die Rentenüberleitung? (Aussage von Prof. Dr. Detlef Merten auf einem Kolloquium vom 21. März 2012 in Berlin). Diese Frage ist rhetorisch gestellt und bis heute nicht beantwortet. Merten führte in seinem Referat aus, dass Übersiedler und Flüchtlinge nicht in das Rentenüberleitungsgesetz hineingehören. Die Praxis aber sei, dass Sozialgerichte keinen Unterschied zwischen DDR-Altübersiedlern und beigetretenen DDR-Bürgern machen.

Der Bundestag ist aufgefordert, für Klarstellung zu sorgen: Das hatte er bereits im Jahre 2012 versucht, indem er die Sammelpetition Pet 3-16-11-8222-015348 mit einem Votum verabschiedete, das die Bundesregierung auffordert, den Konflikt im Sinne der DDR-Altübersiedler zu lösen. Alle im Bundestag vertretenen Parteien standen dahinter.

Die Haltung der Bundesregierung dazu: Ablehnung mit fadenscheinigen Ausreden. Für eine Klarstellung hatte sich auch die Fraktion DIE LINKE mit der Großen Anfrage vom 08.11.2020 (Drucksache 19/11250) eingesetzt. Die Bundesregierung sorgte für Ablehnung, konnte dabei aber wiederum nichts Substantielles bieten. Inzwischen muss man feststellen: Die Politik „eiert herum“. Der Bundestag hat offenbar inzwischen registriert, dass die Bundesregierung die Lösung des Konfliktes nicht will. Seit April 2018 (!) liegt eine von UOKG, VOS und IEDF gemeinsam eingereichte Beschwerde Pet 3-11-19-8222-006233 auf dem Tisch des Bundestages und setzt dort inzwischen Schimmel an.

Es bewegt sich nichts: Die Bundesregierung ignoriert den Entscheid des

Bundestages und zeigt kein Interesse an der rechtsstaatlichen Aufklärung des Sachverhalts. Bundesregierung und Bundestag behindern sich gegenseitig, so unser Eindruck. Vor diesem Hintergrund wendet sich der Vorstand der IEDF aktuell an den höchsten Repräsentanten der Verfassungsorgane, den Bundespräsidenten (Brief der IEDF an den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier vom 12. Januar 2024; Nachricht der IEDF vom 31. Januar 2024 an den Abteilungsleiter Inland des Bundespräsidialamt, Dr. Oliver Schmolke).

Der Bundespräsident ist ein lebendiges Symbol, über den Parteien stehend: Dem Herrn Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier hatten wir bei dem Empfang in seinem Amtssitz Schloss Bellevue am 29. Oktober 2018 die Grundzüge des Konfliktes schildern dürfen. Seitdem gibt es einen – im wesentlichen einseitigen – Kontakt zu ihm und seinem Abteilungsleiter Dr. Oliver Schmolke. Dieser Kontakt ist auf unserer Internetseite www.flucht-und-ausreise.info unter dem Link „Deutsche mit Flucht-und-Ausreise-Hintergrund und der Bundespräsident“ zu finden. Auszug aus dem Brief der IEDF vom 31.01.2024 an den Abteilungsleiter Inland des Bundespräsidialamtes, Dr. Oliver Schmolke: „Wir wissen, dass es dem Herrn Bundespräsidenten verwehrt ist, in die Tagespolitik einzugreifen. Wir wissen allerdings auch, dass der Bundespräsident über die Tragweite dieser Diskriminierung und die Untätigkeit informiert ist, mit der die Tagespolitik der Lösung des Konfliktes aus dem Weg zu gehen bemüht ist. Spätestens seit dem Treffen vom 29. Oktober 2018 in Schloss Bellevue. [...] Ist es auch den Abteilungen des Bundespräsidialamtes verwehrt, Einfluss auf die Tagespolitik zu nehmen?“

Die Untätigkeit der Politik können und werden wir nicht akzeptieren!

Es hat den Anschein, dass die rechtsstaatlich erfor-

derliche Klärung künstlich hinauszögert wird. Offensichtlich ist sich die Bundesregierung bewusst, dass sie über keine sachlichen Argumente zur Zurückweisung der Beschwerde Pet 3-11-19-8222-006233 verfügt.

Es scheint so zu sein, dass man das unangenehme Thema der nächsten Legislaturperiode aufdrücken möchte.

Weitere Informationen

- Stacheldraht 01/2017, S. 6 ff.: Asymmetrischer Kampf: https://www.flucht-und-ausreise.info/dokumente/upload/30031_2017-01_der_stacheldraht-_Asymmetrischer_Kampf.pdf
- IEDF: <https://www.flucht-und-ausreise.info/index.php?menuid=55&reporeid=135>

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß,
Vorstand der Interessengemeinschaft
ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.



Foto: privat Holdefleiß

Jürgen Holdefleiß übergibt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 29. Oktober 2018 im Amtssitz Bellevue die von UOKG, VOS und IEDF gemeinsam eingereichte Beschwerde Pet 3-11-19-8222-006233.

Landtag Sachsen-Anhalt verdoppelt Mittel für den Härtefallfonds

Eine gute Nachricht für Betroffene von SED-Unrecht verkündete die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Birgit Neumann-Becker, bei der Vorstellung ihrer Beratungsinitiative für das Jahr 2024: Der Landtag hat im Haushalt 2024 die Mittel des Härtefallfonds von 50.000 auf 100.000 Euro verdoppelt. Mit diesem Geld könne anerkannten **Betroffenen von SED-Unrecht in wirtschaftlicher Notlage** gezielt bei konkreten Maßnahmen geholfen werden.

Anträge sind bis zum 30. Juni 2024 schriftlich zu senden an:

Die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Schleiufer 12, 39104 Magdeburg, E-Mail: info@lza.lt.sachsen-anhalt.de.

Die Landesbeauftragte berät und unterstützt die Antragsteller gerne auch telefonisch unter den Nummern 0391-560-1504 oder 0391-560-1501 zu den üblichen Bürozeiten oder persönlich bei den Sprech- und Beratungstagen.

Beratungsinitiative 2024 für Betroffene von SED-Unrecht

2024 führt die Landesbeauftragte an 22 Orten in Sachsen-Anhalt insgesamt 132 Sprech- und Beratungstage durch. Dort können sich in der DDR politisch Inhaftierte, ehemalige Heimkinder, Insassen von Jugendhäusern, von Zersetzungsmaßnahmen der Stasi Betroffene, in Schule und Ausbildung aus politischen Gründen Benachteiligte, Betroffene von Doping, Angehörige und Hinterbliebene von Opfern

u. a. im Hinblick auf eine Rehabilitierung und die Gewährung von Leistungen beraten lassen. Außerdem unterstützt die Landesbeauftragte Bürgerinnen und Bürger bei der Antragstellung zur Einsichtnahme in die eigenen Stasi-Akten.

Die Beratung findet an sieben Orten in Kooperation mit der Caritas in Sachsen-Anhalt statt. Die einzelnen Termine können einem Flyer der Landesbeauftragten, der in vielen Rathäusern ausliegt, ihrer Internetseite (www.aufarbeitung.sachsen-anhalt.de) und der Tagespresse entnommen werden.

Kontakt: Die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Schleiufer 12, D-39104 Magdeburg
Tel.: 0391-560-1501
Fax: 0391-560-1520
E-Mail: [Info.lza\(at\)lza.lt.sachsen-anhalt.de](mailto:Info.lza(at)lza.lt.sachsen-anhalt.de)
Internet: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de> 

UOKG auf der Geschichtsmesse 2024

Das Team der UOKG, Sandra Czech, Alesch Mühlbauer und Peter Keup, besuchte vom 29.02. bis zum 02.03.2024 die 16. Geschichtsmesse und stellte dort die Arbeit der UOKG sowie das neue Webportal zur DDR-Zwangsarbeit vor.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur lädt jedes Jahr Vertreterinnen und Vertreter aus staatlichen Institutionen, der Zivilgesellschaft, sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen und Lehrerinnen und Lehrer ins Ringberghotel Suhl ein, um an drei Tagen über ein Schwerpunktthema der deutsch-deutschen Geschichte zu diskutieren. Dieses Jahr wurde der Fokus auf die europäische Dimension der Diktaturaufarbeitung gelegt. Unter dem Titel „Ein weites Feld. Neue Perspektiven auf die Aufarbeitung von Diktaturen in Deutschland und Europa“ diskutierten auf insgesamt fünf Podien deutsche und internationale Gäste aus den Bereichen Politik, Geschichtswissenschaft, Journalismus und Zivilgesellschaft über den Stand der Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen auf unserem Kontinent. Dabei stand zum einen die Frage im Raum, wie neue Generationen ohne Diktaturerfahrung die Aufarbeitung prägen und verändern. Zum anderen sollte auf den Podien der

Frage nachgegangen werden, wie eine moderne, integrative Erinnerungskultur aussehen kann und welchen Einfluss Digitalisierung und Globalisierung auf die Arbeit der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit haben. Die Liste der Diskutanten umfasste unter anderem die Staatsministerin für Kultur und Medien Claudia Roth, den Historiker Martin Sabrow, die Journalistin Vanessa Vu (ZEIT ONLINE), den Direktor der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas Uwe Neumärker, den Generalsekretär der Kurdischen Gemeinde Deutschlands Cahit Basar und die Direktorin der Sofia Plattform Louisa Slavkova. Am Abschlusstag kamen zudem der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow und die FDP-Bundestagsabgeordnete Linda Teuteberg auf dem Podium zusammen, um über ostdeutsche Selbstwahrnehmung und Identitätspolitik zu diskutieren.

Das Abendprogramm der Geschichtsmesse stand ganz im Zeichen der kulturellen Auseinandersetzung mit Diktaturerfahrungen und deutsch-deutscher Geschichte. Am Donnerstag trafen die frühere Leistungssportlerin und Professorin für Literaturwissenschaft Ines Geipel („Umkämpfte Zone: Mein Bruder, der Osten und der Hass“) und der Rapper und Autor

Hendrik Bolz alias Testo („Nulljahre“) in einer Lesung aufeinander. Die im Stil und Erzähltempo so unterschiedlichen Werke entfalteten dabei in der Gegenüberstellung eine ganz eigene Wirkung und ergänzten das Tagesprogramm um eine persönliche und nachdenkliche Note.

Am Freitag nahmen Bibiana Malay und Grit Díaz de Arce das Publikum auf eine dokumentarisch-musikalische Reise ins Ost-Berlin der 1970er und 1980er Jahre mit. In einer szenischen Lesung aus Tagebucheinträgen, Fotografien, Briefen, Stasi-Akten und Musik gewährten sie dem Publikum einen Einblick in ihre Kindheit als nicht-weiße Deutsche in der DDR. Neben den Podiumsdiskussionen und dem abendlichen Kulturprogramm gehören vor allem die Projektpräsentationen zum festen Bestandteil der Geschichtsmesse. Die teilnehmenden Institutionen erhalten jeweils eine halbe Stunde Zeit, um eines ihrer laufenden Projekte zu präsentieren und sich den Fragen des Publikums zu stellen. Dies können Bildungsprojekte sein, wissenschaftliche Vorhaben, Ausstellungen oder digitale Angebote der politisch-historischen Arbeit.

Das Team der UOKG stellte das neue „Webportal DDR-Zwangsarbeit“ vor, das

seit kurzem unter der Webadresse www.zwangsarbeit-ddr.de aufgerufen werden kann. Das Portal beinhaltet eine interaktive Karte mit Strafvollzugseinrichtungen, Durchgangsheimen und Jugendwerkhöfen, an denen die Insassen Zwangsarbeit leisten mussten. Außerdem hält die Webseite zehn Video-Interviews mit Zeitzeugen sowie historisches Bildmaterial und Hintergrundinformationen zum Thema DDR-Zwangsarbeit bereit. Für die Videos konnte die UOKG unter anderem Zeitzeugen wie Anne Hahn, Alexander Müller, Birgit Schlicke und Thomas Drescher gewinnen. In den nächsten Wochen werden noch Bildungsmaterialien hinzukommen, die es Schulen ermöglichen werden, das Thema in den Geschichtsunterricht zu integrieren. Bei der Präsentation gab die Wissenschaftliche Mitarbeiterin Sandra Czech den Anwesenden einen Einblick in die Arbeit der UOKG und ordnete das Webportal in die Bemühungen des Vereins ein, das Thema Zwangsarbeit stärker ins öffentliche Blickfeld zu bringen und damit mehr Anerkennung für die Betroffenen zu erreichen. Bildungsreferent und Projektleiter Alesch Mühlbauer stellte anschließend die einzelnen Punkte des Portals vor und gab Einblicke in die Entstehungsgeschichte des im Rahmen vom Bundesprogramm „Jugend erinnert“ geförderten Projektes.



Am Samstag hieß es für die Teilnehmenden, die Informationsstände abzubauen und sich voneinander zu verabschieden. Die für einige sehr lange Rückreise bot die Gelegenheit, die vielen Eindrücke zu verarbeiten und ein vorläufiges Fazit zu ziehen. Es bleibt die Erkenntnis, dass die DDR-Aufarbeitung viele neue Impulse erhält, die Grenzen der nationalen Aufarbeitung zu überschreiten, die eigene

Arbeit zu reflektieren und neue Perspektiven zuzulassen. Die Geschichtsmesse bot für diesen Prozess eine gelungene Bühne.

Bildnachweis

Sandra Czech und Alesch Mühlbauer stellen das Webportal DDR-Zwangsarbeit vor. (Foto: Peter Keup/UOKG)

Fachtag Enteignungen in SBZ und DDR

Am 19. Februar 2024 fand der Fachtag mit dem Arbeitstitel: „Enteignungen in SBZ und DDR“ statt. Dieser erfreute sich eines großen Echos und einer positiven Resonanz. Veranstalter waren im Zuge der vertraglichen Zusammenarbeit die Mitglieder der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum e.V. mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Dr. Rainer Karlsch, Dozent von der Humboldt Universität zu Berlin, stellte in seinem Eingangsreferat den umfassenden Vermögenseinzug der Sowjets in der SBZ dar. Allein 3400 Betriebe wurden in der SBZ demontiert und in die Sowjetunion verfrachtet (zum Vergleich: 600 Betriebe es in den westlichen Besatzungszonen). Dr. Karlsch ging in seinem Referat auch auf den sächsischen Volksentscheid 1946 ein, sowie auf die zahlreichen Repressionen gegenüber Unternehmen und ihren Eigentümern. Weiterhin behandelte er die Rolle der Treuhand und die verschiedenen Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung in

der DDR mit ihren Konsequenzen, die den Niedergang des Regimes beschleunigten.

Rechtsanwalt Andreas Giese stellte den von ihm erfolgreich zu Ende geführten Fall „Dolgenbrodt“ ausführlich dar, der ein Beispiel für die Defizite bei der Aufarbeitung und das Versagen aufzeigt. Schon zu diesen beiden Beiträgen stellten sich aus dem Publikum kritische Fragen. In einer ebenso knappen wie pointierten Einführung brachte der Historiker Dr. Jens Schöne die SBZ/DDR-Konfiskationen und Enteignungen auf den Punkt und fand dabei allgemeine Zustimmung.

Die Enteignungen von Kulturgut, in dieser Form eher ein weniger bekanntes Thema, wurden von Frau Dr. Müller-Spreitz von der Koordinierungsstelle Provenienz Forschung in Sachsen-Anhalt anschaulich beleuchtet; dabei wurden auch die Rückgaben an Eigentümer und die Zusammenarbeit der Museen anhand von Beispielen thematisiert. Danach stellte

Dr. Bettina Wurster von der Stiftung Familienunternehmen, ebenfalls anhand von Beispielen, die Arbeit der Stiftung vor und zog die Verbindung zu den Aufgaben der Aufarbeitung und der Eigentumsverhältnisse. Die „Brandenburger Bodenaffäre“ und der Umgang der Politik und der staatlichen Behörden mit den Neusiedlererben wurden als Beispiel für die Defizite in der rechtlichen Aufarbeitung von RA Dr. Purps herausgearbeitet. Außerdem gab Dr. Purps einen Überblick über verschiedene „Fehlleistungen“ in der vergangenen Zeit, vom „Mauergesetz“ bis zum „Wohnraummodernisierungsgesetz“. Es folgten Darstellungen und Erfahrungsberichte, z.B. der Bericht vom ARE Bundesvorsitzenden Graf von Schwerin, der auf die Defizite in der Umsetzung des Einigungsvertrages und der Behandlung der Eigentumsfragen einging. Der aus Schweden angereiste Jan Jansen informierte über seinen Fall, der eine Rechtsungleichheit zwischen WEST und OST darstellt. Die Erfahrungen und



Enttäuschungen waren Gegenstand einer ausführlichen Diskussion mit den Teilnehmern auf dem Podium, zu denen außer Graf von Schwerin und Jan Jansen auch der sächsische Landtagsabgeordnete Georg-Ludwig von Breitenbuch gehörten, sowie Dr. Eberhardt-Kühne von der Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen.

Eine lebhafte Abschlussdiskussion mit den Referenten moderierte die MDR Journalis-

tin Blanka Weber. Sie rundete die Fachtagung ab und gab einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben der nächsten Zeit und die Vertiefung der Aufgaben. Nach dieser kurzen Zusammenfassung kann jetzt an der Programmgestaltung unsererseits gearbeitet werden, um dann zusammen mit der Stiftung offensiv in die Öffentlichkeit zu gehen. Eckpunkte waren bereits in unserer letzten Kurzinformativ und in Stellungnahmen von Dr. Johannes Was-

muth an die Bundesstiftung aufgeführt worden.

Hinweis: Die Fehlteile der Justiz, auch die neue eingestellten, sind unter: www.richterkontrolle.de aufzurufen.

Mit besten Grüßen

ARE – Team
mit Manfred Graf von Schwerin

Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht

2019 wurde anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der friedlichen Revolution von den Bundestagsfraktionen CDU/CSU und SPD ein „Kompetenzzentrum zur Begutachtung und Behandlung von Langzeitfolgen bei SED-Opfern“ gefordert. Die Forderung mündete u. a. in die dreijährige Förderung des Forschungsverbunds „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ (mit 12 Teilprojekten an den Standorten Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock). Der Verbund wird durch vielfältige Kooperationen sowie einen Beirat unterstützt, in dem die einschlägigen Institutionen der Aufarbeitung vertreten sind – unter anderem die UOKG. Langfristiges Ziel des Verbundes ist die Verbesserung der Versorgung Betroffener von SED-Unrecht, wobei hierzu zunächst in mehreren Bereichen wissenschaftliche Grundlagen gelegt werden müssen. Es ist geplant, diese Erkenntnisse möglichst in einer folgenden Förderperiode in die Praxis zu transferieren und Informationsmaterialien sowie Angebote für helfende Berufe, für Betroffene und für die Öffentlichkeit zu entwickeln.

Teilprojekt „Curriculare Weiterbildung für die Fallarbeit“

Das Teilprojekt möchte das langfristige Ziel einer Verbesserung der Versorgung

Betroffener durch die Entwicklung von Weiterbildungen für unterschiedliche Berufsgruppen erreichen. Hintergrund des Vorhabens ist der Umstand, dass wiederholt von Seiten der Betroffenen, der Politik, sowie auch in einzelnen Fachveröffentlichungen auf eine schlechte Versorgung Betroffener im Hinblick auf die psychische und körperliche Gesundheit sowie auf Schwierigkeiten bei Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden hingewiesen wird. Diese Feststellung wirkt zunächst überraschend, da Betroffenen das volle Spektrum der medizinischen und psychologischen Regelversorgung zur Verfügung steht, darüber hinaus bestehen besondere Ansprüche im versorgungsmedizinischen Bereich, sowie eine Vielzahl an spezialisierten Beratungsstellen für Betroffene von SED-Unrecht. Auch im Hinblick auf Weiterbildung zum Thema SED-Unrecht bestehen zunächst zahlreiche Angebote.

Es ist aber im Gesundheitssystem grundsätzlich schwierig, etwa einen geeigneten Psychotherapieplatz zu finden ohne sehr langen Wartezeiten zu begegnen. Dies ist bei Betroffenen von SED-Unrecht wegen ihres spezifischen Hintergrunds oft noch weiter erschwert. Es war intendiertes Ziel von Verfolgungsmaßnahmen der Staatssicherheit, dass Betroffene sich eben keine Hilfe suchen. Symptome wie Rückzug, Arbeitsunfähigkeit, Misstrauen und Angst vor Institutionen waren mitunter explizit gewollt. Über 30 Jahre nach dem Ende der DDR bestehende Traumafolgestörungen nach politischer Verfolgung erweisen sich in der Behandlung zudem als sehr kompliziert. Neben vielfältigen psychischen Belastungen, treten auch körperliche, finanzielle und soziale Belastungen auf, mitunter auch Rechtsstreitigkeiten, etwa im Bereich der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden. Auf diese Probleme sind in Medizin und

Psychologie Tätige nur begrenzt vorbereitet und oftmals überfordert. Bei der Arbeit mit Betroffenen von SED-Unrecht ist die Berücksichtigung gesellschaftlicher Faktoren besonders wichtig, ebenso wie Hintergrundwissen zu politischer Verfolgung und staatlichem Unrecht in seinen unterschiedlichen Ausprägungen. So ist der traumatische Kontext bei Häftlingen ein deutlich anderer als bei Dopingbetroffenen, Opfern von Zersetzung oder Heimkindern. Von Betroffenenenseite wurden zudem wiederholt Probleme mit regimenahe Behandlern und Gutachtern berichtet. Bedeutsam ist allerdings auch, dass es zum Thema DDR sehr polarisierende öffentliche Debatten gibt, die Themen wie Ost-West-Unterschiede, Probleme der Transformation, die Ausgestaltung heutiger Demokratie etc. einschließen. Diese Diskussionen können bei der beruflichen Begegnung mit SED-Opfern schnell aktiviert werden und dann die Aufmerksamkeit von den konkreten Notlagen und Leiden der Betroffenen ablenken, denn diese Diskussionen haben mit adäquater Hilfe für komplexe gesundheitliche Mehrfachbelastungen nach staatlichem Unrecht wenig zu tun. Festzuhalten bleibt also, dass es zwar durchaus medizinische und psychologische Angebote in unserer Regelversorgung gibt, diese auf Betroffene allerdings oft unzureichend ausgelegt sind.

Aufarbeitung, Rehabilitierung und Beratung

Nicht zuletzt als Reaktion auf diesen Mangel, haben sich in der Aufarbeitungslandschaft eine Vielzahl von Anlaufstellen speziell für Betroffene von SED-Unrecht entwickelt, die meist behördlich oder zivilgesellschaftlich organisiert sind. Kenntnisse zu speziellen Verfolgungskontexten sind hier oft ein elementares Merkmal. Diese Stellen sind oft offen für

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

vielfache Anliegen Betroffener, von der Akteneinsicht über finanzielle und Rehabilitierungsfragen, Antragsfragen zu gesundheitlichen Folgeschäden bis hin zu weitergehender psychosozialer Beratung. In den entsprechenden Einrichtungen sind allerdings in der Regel keine Ärzte oder Psychologen angestellt, sondern oft Quereinsteiger aus anderen Berufsfeldern oder auch Betroffene, die in Selbsthilfekontexten organisiert sind. In diesem Feld der Aufarbeitung entfalten sich auch viele Weiterbildungsaktivitäten, von denen die meisten allerdings die historisch-politische Bildung betreffen.

Unser Vorhaben will nun für helfende Berufsgruppen unterschiedliche Weiterbildungsmodulare entwickeln, die sich in einer Art Baukastensystem je nach Berufsgruppe unterschiedlich zusammenstellen und anpassen lassen und langfristig in einem Netzwerk mit Kooperationspartnern angeboten werden sollen.

Zur Bündelung des aktuellen Wissensstandes in Forschung und Beratung sowie zur wissenschaftlichen Vernetzung wurde zunächst eine wissenschaftliche Literaturliteraturdatenbank angelegt. Weiterhin wird die Zusammenführung des Forschungsstandes durch Unterstützung bei Übersichtsarbeiten und Schwerpunktthemen gefördert. Ein weiterer Schritt besteht in einer detaillierten Erfassung des bisher ungedeckten Versorgungs- und Weiterbildungsbedarfs, in Kooperation mit anderen Teilprojekten des Verbundes. Nachfolgend wollen wir exemplarisch zwei Weiterbildungen beschreiben, über die wir – im Sinne von Testläufen – Erfahrungen sammeln und kooperative Netzwerke mit Aufarbeitungsakteuren bilden wollten.

Weiterbildung – Personal von Beratungsstellen, die auf SED-Unrecht spezialisiert sind

Im Winter 2022/2023 wurde in Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt eine 6-tägige Weiterbildung für Personen angeboten, die im Bereich der Beratung von Betroffenen von SED-Unrecht tätig oder eng mit solchen Beratungsprozessen verbunden sind (bspw. Mitarbeiter der Landesbeauftragten oder von Opferverbänden). Anlass war, dass aktuell eine neue Generation von Personen in das Beratungsfeld einsteigt und mitunter mit komplexen Fällen konfrontiert wird. Wir haben bewusst Teilnehmer aus unterschiedlichen Berufsfeldern und Generationen angesprochen, um unterschiedliche Per-

spektiven abzubilden und den Austausch von Erfahrungen zu fördern. Der inhaltliche Schwerpunkt lag den Verbundkompetenzen entsprechend auf klinischen, versorgungsmedizinischen, medizinsoziologischen, sozialpsychologischen und kommunikativen Aspekten bei der Arbeit mit Betroffenen. Historische und juristische Aspekte wurden vorerst ausgeklammert. Die Inhalte wurden vorab in Kooperation konzipiert und im Laufe der Veranstaltung den Bedürfnissen der Teilnehmer angepasst. Die Referenten entstammten dabei sowohl dem Verbund, als auch aus dem Praxisfeld der SED-Opferberatung, teilweise in gemeinsam gestalteten Modulen. Die Teilnehmer waren selbst Experten in ihren Teilbereichen und arbeiten bereits eng mit Betroffenen zusammen, daher war die Veranstaltung diskussionsorientiert und offen für die Beiträge der Teilnehmer. Die Evaluation der Weiterbildung erbrachte im Ergebnis positive Bewertungen, war umfangreich und beinhaltete sowohl Fragebögen nach jedem Programmpunkt als auch telefonische Nachbefragungen. Auf diese Weise konnten wir auch Wünsche und Bedürfnisse für zukünftige Weiterbildungen erfassen. Eine Wiederholung ist angedacht, da uns vorab deutlich mehr Anfragen für eine Teilnahme vorlagen, als Plätze zur Verfügung standen.

Weiterbildung – Bundesarchiv und Praxisnetzwerkaufbau West

Durch die Überführung der Stasi-Akten in die Verantwortung des Bundesarchivs wurde nun erstmals auch an Standorten in den alten Bundesländern die Möglichkeit der Akteneinsicht geschaffen. Dies macht eine entsprechende Weiterqualifikation der Mitarbeiter an West-Standorten nötig. Wir konnten gemeinsam mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, dem Bundesarchiv und mit Unterstützung der UOKG im Dezember 2023 eine zweitägige Weiterbildung für Personen organisieren, die in den Archiven an unterschiedlichen Standorten tätig sind – West wie Ost. Neben psychologischen Modulen wurden hier auch Module zu Rehabilitation und Aktenbeantragung sowie zu zeitgeschichtlichen Hintergründen angeboten. Die UOKG steuerte das Modul zu Rehabilitierungs- und Entschädigungsmöglichkeiten bei. Auch diese Weiterbildung war diskussionsorientiert und offen für die Erfahrungen der Teilnehmenden. In den Evaluationsbögen wurde sie wohl auch deshalb sehr positiv bewertet. Sowohl die interdisziplinäre Zusammenstellung als auch die praxisnahen

psychologischen Einheiten wurden geschätzt. Letztlich wurde auch ein Bedarf nach Wiederholung und Weiterführung genannt.

Für Bundesarchivstandorte in den alten Bundesländern ist absehbar, dass die archivspezifische Beratungsarbeit mit Betroffenen eine besonders interdisziplinäre Ausrichtung und den Aufbau neuer Vernetzungen erfordern wird. Dies liegt daran, dass die spezialisierten Beratungsstellen größtenteils in den neuen Bundesländern angesiedelt sind und dementsprechend nur eingeschränkte Unterstützung bieten können. Fehlende Anlaufstellen und der ungenügende Kenntnisstand über die Besonderheiten des Lebens in der DDR und politischer Verfolgung in unterschiedlichen Berufsgruppen in den alten Bundesländern wurden in der Literatur bereits wiederholt als besonderes Versorgungsproblem beschrieben. Die genannte Veranstaltung kann somit den Auftakt für die Entwicklung eines umfassenderen spezialisierten Hilfenetzwerkes zum Thema SED-Unrecht im Westen darstellen. Um diese Entwicklung zu unterstützen, wird beispielsweise bei den Lindauer Psychotherapiewochen im April 2024 ein Weiterbildungsangebot für Psychotherapeuten zum Thema politische Traumatisierung angeboten werden (durch Andreas Maercker, Bernhard Strauß und klinische Kooperationspartner).

Ausblick

Die beschriebenen Testläufe waren erste Versuche eines Transfers aus der universitären Welt in die helfende Praxis sowie der Etablierung einer überregionalen Schnittstelle zwischen den drei Bereichen: Wissenschaft, psychologischer und medizinischer Regelversorgung und Aufarbeitungsinstitutionen. Es ist geplant, auch in den anderen Teilprojekten des Verbundes zukünftig verstärkt einen Praxistransfer zu realisieren – mit geeigneten Kooperationspartnern aus der Praxis und auf der Höhe der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Adressiert werden sollen möglichst alle relevanten helfenden Berufe, neben den bereits genannten bspw. auch Allgemeinärzte und Pflegekräfte. Dazu sollen auch Praxishilfen (Handreichungen, Manuale, Leitfäden, etwa zur Begutachtung von gesundheitlichen Langzeitfolgen) entwickelt und verbreitet werden. Auch die Homepage des Verbundes (www.sed-gesundheitsfolgen.de) wird ausgebaut werden und für unterschiedliche Berufsgruppen, für Betrof-



fene, aber auch die allgemeine Öffentlichkeit mehr Informationen bereitstellen. (Berichte aus dem Forschungsverbund „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ Teil I) Autoren: Adrian Gallistl, Nico Schneider, Bernhard Strauß

Literatur

Bernhard Strauß, Jörg Frommer, Georg

Schomerus, Carsten Spitzer (Herausgeber): Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht. Hier der Aufsatz: Gallistl, A. Schneider, N. & Strauß, B. (2024). Curriculare Weiterbildung für die Fallarbeit mit ehemals Verfolgten befassten Professionen – Strukturaufbau. Psychosozial-Verlag 2024, ca. 200 Seiten, ISBN 978-3-8379-3329-1 • ISBN E-Book 978-3-8379-6201-7

Institut für Psychosoziale Medizin, Psychotherapie und Psychoonkologie
Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“
Stoysstrasse 3, 07743 Jena
fon: 0049 3641 9 3980 65
e-mail: adrian.gallistl@med.uni-jena.de
<https://www.uniklinikum-jena.de/sedgesundheitsfolgen>



Gedenken, Mahnen, kein Vergessen

79 Jahre seit Beginn der Russlanddeportation: Eindrucksvolle Gedenkveranstaltung des Banater Forums. Das Demokratische Forum der Banater Berglanddeutschen (DFDB) und der Verein der ehemaligen Russlanddeportierten veranstalteten zum Anlass der 79 Jahre seit Beginn der Russlanddeportation der Banater Deutschen, am 15. Januar 1945, eine Gedenkveranstaltung in Temeswar.

Neben den beiden Weltkriegen und der Bărăganverschleppung (1951–1954) war die brutale Zwangsarbeit unschuldiger Menschen 1945–1949, vom kommunistischen Regime als Wiederaufbauarbeit gerechtfertigt, das wohl leidvollste Kapitel in der Geschichte der Deutschen in Rumänien, das das Schicksal unserer Großeltern, Eltern und das unsrige, der Nachfahren, bis zum heutigen Tag geprägt hat. Auch in diesem Jahr sollte diese Veranstaltung sogleich Gedenken wie auch Mahnung für die Zukunft sein. Nie wieder Krieg, nie wieder Versklavung unschuldiger Menschen, kein Vergessen.

Die Gedenkmesse vor etwa 100 Personen, ehemalige Russlanddeportierte, Angehörige, Mitglieder des DFDB und des DFBB, wurde von Generalvikar Johann Dirschl, in der römisch-katholischen Katharinenkirche zelebriert. Als Ehrengäste mit dabei Ignatz Bernhard Fischer, Vorsitzender des Landesvereins der ehemaligen Russlanddeportierten, der DFDR-Abgeordnete Ovidiu Gaț, Erwin Josef Ţigla, Vorsitzender des DFBB sowie Siegfried Geilhausen, deutscher Vizekonsul in Temeswar. Im Anschluss hielt I.B. Fischer im Foyer des AMG-Hauses eine, wie alljährlich seit der Wende, beeindruckende Erinnerungs- und Mahnrede für alle Teilnehmer. Nie wieder Krieg, so klang das Leitwort aus der kurzen Ansprache von Siegfried Geilhausen, dem deutschen Vizekonsul in Temeswar. Zum Abschluss erfolgte eine Kranzniederlegung mit Gebet am Denkmal der Banater Russlanddeportierten.

Die Verschleppung der Rumäniendeutschen durch die Rote Armee zur Zwangsarbeit in die ehemalige Sowjetunion hat bekanntlich im Januar 1945 80.000 Rumäniendeutsche, darunter 33.000 Bana-

ter Schwaben betroffen. Nur etwa 45.000 überlebten die Sklavenarbeit in der Ukraine und dem Kaukasus, Kälte und Hunger und konnten 1949 heimkehren. Im Banat leben derzeit, also 75 Jahre nach ihrer Entlassung aus den sowjetischen Arbeitslagern noch 34 ehemalige Russlanddeportierte, 16 davon, einschließlich jene, die während der Zwangsarbeit ihrer Eltern in der Ukraine geboren wurden (darunter auch der in Jenakjewo, heute Ukraine, geborene Helmut Weinschrott, Geschäftsführer der AMG-Stiftung in Temeswar). Unter den Ältesten ist der langjährige und verdienstvolle Vorsitzende des Landesvereins der ehemaligen Russlanddeportierten, Ignaz Bernhard Fischer aus Temeswar, der im Herbst 2023 das Alter von 97 Jahren überschritten hat.

Balthasar Waitz,
Redakteur der Allgemeinen Deutschen
Zeitung für Rumänien

Balthasar Waitz wurde 1950 als Banater Schwabe in Nițchdorf geboren, wo er dieselbe deutsche Dorfschule wie die Nobelpreisträgerin Herta Müller besuchte. Balthasar Waitz ist einer der wenigen Schriftsteller der Rumäniendeutschen Literatur, die in Rumänien verblieben und nicht in die Bundesrepublik Deutschland auswanderten. Nach dem politischen Umbruch von 1989/1990 war er zunächst als Redakteur der Zeitschrift Neue Literatur (1991–1991) und anschließend des Neuen Wegs (1991–1992) in Bukarest tätig. 1993 kehrte er nach Timișoara zurück, wo er sich bis 2006 als freischaffender Schriftsteller und Publizist betätigte. Seit 2006 ist Waitz in Timișoara Redakteur der Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Balthasar_Waitz

Erstveröffentlichung am 07. Februar
2024: <https://adz.ro/artikel/artikel/gedenken-mahnen-kein-vergessen>



Foto: Zoltán Pázmány

Ignaz Bernhard Fischer hielt eine eindringliche Mahnrede im AMG-Haus.

Meine Freunde sterben dahin...

Meine Freunde sterben dahin, die Luft wird dünner, aber ich lebe noch! Einmal im Jahr lasse ich mich von meinem Geriatrie-Professor im Coburger Klinikum gründlich untersuchen. Auch am 01. Februar, als wir zweieinhalb Stunden dort waren, hat er nichts gefunden. Und meine Zahnoperation, die schon Wochen andauert, war am 23. Februar abgeschlossen.

Aber Freunde von mir sind gestorben, mit denen ich mich gerne noch unterhalten hätte. Am 19. September 2023 starb in Gau-Algesheim bei Mainz Peter Ochs (1943–2023). Er war 1966/67 mit mir, Kirsten Schirmer und Artur Rümmler Deutschlehrer in Schweden, hat danach Staatsexamen gemacht, hat aber nie als Lehrer gearbeitet. Ich kannte ihn aus der „nobis“-Redaktion.

Am 01. Dezember 2023 starb in Mainz Thomas Schroeder (1938–2023), der 1964, als ich aus Waldheim entlassen wurde, Chefredakteur der „nobis“ war. Er hat mir dann, als wir uns noch nicht kannten, einen langen Brief nach Freiburg/Breisgau geschrieben, wo ich bis zum Studienbeginn im Mai 1965 bei meinen Eltern wohnte. Er warb damals um meine Freundschaft und hat Anfang 1965 in Mainz unseren Freundeskreis in einem Raum der Universität versammelt. Dort berichtete ich ausführlich über meine Zuchthauserlebnisse. Unter den Zuhörern saß auch Wolf Lepenies (damals 24 Jahre alt), ein junger Student, der später ein berühmter Soziologe werden sollte. Er sagte während der ganzen Veranstaltung kein einziges Wort, sondern hörte nur zu. Tom Schroeder, der in Grünberg/Schlesien geboren wurde, begann 1959 in Mainz ein Studium der Evangelischen Theologie, der Germanistik und der Philosophie, machte aber nie Examen, sondern wurde in der Musikbranche aktiv. Als ich im April 1976 aus Schweden zurückkam, wollte er bei der Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann (1916–2010) promovieren, die aber, da sie nicht habilitiert war, über kein Promotionsrecht verfügte. Dann versuchte er es bei dem Soziologen Helmut Schoeck (1922–1993), der das Buch „Der Neid“ (1966) geschrieben hatte, aber daraus wurde auch nichts. Ich habe Tom immer wieder einmal getroffen, zuletzt im November 2022 in Mainz, wo ich in der Neuen Synagoge an einer Podiumsdiskussion über Anna Seghers teilnahm.

Am 07. Dezember 2023 starb in Detroit der Germanist Guy Stern (1922–2023) im Alter von 101 Jahren, der als Günter Stern in Hildesheim geboren wurde. Er konnte 1937 im Alter von 15 Jahren zu einem Onkel in die Vereinigten Staaten emigrieren und hat seine Eltern und Geschwister nie wieder gesehen. Ich lernte ihn im Spätsommer 1969 in Stockholm auf der ersten internationalen Tagung über deutsche Exilliteratur kennen, traf ihn auf der Nachfolgetagung 1972 in Kopenhagen wieder. Als ich im November 1972 an die Indiana University in Bloomington ging, lud er mich an die University of Cincinnati ein, wo er Professor war. Vor dem Kreis seiner Studenten sprach ich über die beiden Tagungen in Stockholm und Kopenhagen. Auf der dritten Tagung über deutsche Exilliteratur 1975 in Wien traf ich ihn wieder. Anschließend besuchte er mich noch in Mainz, wir gingen ins Kabarett „Unterhaus“, er übernachtete bei mir, einmal fuhr ich ihn auch zu dem Amerikanisten Hans Galinsky (1909–1991), der in seinen jungen Jahren nach 1933 ein eifriger Nazi war und NSDAP-Mitglied seit 01. Oktober 1933, er wurde Professor und lehrte 1942/45 an der Reichsuniversität Straßburg. Sie unterhielten sich angeregt miteinander, während ich im Hintergrund saß. Vielleicht wäre es höflicher gewesen, ich wäre für eine Stunde weggefahren. Diese Freundschaft zwischen einem Juden, dessen Familie umgebracht worden war, und einem einst überzeugten Nationalsozialisten habe ich nicht verstanden! Guy Stern hat im Jahr vor seinem Tod unter dem Titel „Wir sind nur noch wenige“ (2022) seine Lebenserinnerungen veröffentlicht, die englischsprachige Ausgabe erschien 2020 unter dem Titel „Invisible Ink“ (Unsichtbare Tinte). Ein Jahrhundertbuch!

Der DDR-Philosoph Wolfgang Harich (1923–1995) hätte am 09. Dezember 2023 seinen 100. Geburtstag feiern können. In irgendeiner Zeitung stand ein Artikel über ihn, was mich antrieb, einmal aufzuschreiben, was ich über die Intellektuellen des Kreises um Wolfgang Harich 1956 wusste. Es waren höchstens zwei Dutzend Leute, die nach der Geheimrede Nikita Sergejewitsch Chruschtschows (1894–1971) in Moskau (die Rede dauerte fünf Stunden) am 25. Februar 1956 unter dem Titel „Über den Personenkult und seine Folgen“ darüber nachdachten, wie man den Stalinisten Walter Ulbricht (1893–1973) entmachten könnte. Dieses

Nachdenken brachte Wolfgang Harich in Berlin zehn Jahre Zuchthaus ein, dem Schriftsteller Erich Loest (1926–2013) in Leipzig siebeneinhalb. Ein halbes Jahrhundert später hat Erich Loest das Buch „Prozesskosten“ (2007) geschrieben, das ich jetzt, 17 Jahren nach seinem Erscheinen, endlich gelesen habe. Die viereinhalb Seiten, die er über mich in diesem Buch geschrieben hat, kenne ich selbstverständlich, er hatte mich ja gebeten, für ihn auf wenigen Seiten alles über meine Verhaftung, Verurteilung und Straftat in Waldheim aufzuschreiben. Er meinte immer, ich wäre der „letzte Vertreter des Harich-Kreises“, was ich nicht war. Erich Loests Buch lohnt die Lektüre, er kannte Walter Janka (1914–1994), Gustav Just (1921–2011) und Jochen Wenzel (1927–1958), der in der Untersuchungshaft verstorben ist. Er hatte Leberkrebs und lag im Haftkrankenhaus Leipzig-Meusdorf. Obwohl er todkrank war und wusste, dass er sterben würde (auch die Staatssicherheit wusste das!), wurde er nicht für die letzten Tage seines Lebens zu seinen Angehörigen entlassen. Er stammte aus Chemnitz, arbeitete als Redakteur für das in Leipzig erscheinende „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel“ und wechselte 1956 zum „Sonntag“ in Ostberlin, der Wochenzeitung des „Kulturbunds“, wo Gustav Just damals stellvertretender Chefredakteur war, dort lernte er auch Walter Janka und Wolfgang Harich kennen. Dort erschienen bis zum Ungarnaufstand im Herbst 1956 einige kritische Artikel auch von Gerhard Zwerenz (1925–2015), der im Sommer 1957 nach Westberlin floh. Jochen Wenzel wurde am 15. November 1956 verhaftet und starb am 01. April 1958 im Haftkrankenhaus. Alles, was ich von seinem Schicksal wusste, hat mir Gerhard Zwerenz bei meinem Besuch am 08. Juli 1961 in Köln erzählt. Als ich nach meiner Verhaftung in Leipzig am 09. September 1961 den Vernehmungsoffizier der Staatssicherheit (Leutnant Rudolf Körner) nach Jochen Wenzel fragte, antwortete er: „Wir sind nicht verpflichtet, Ihnen darüber Auskunft zu geben!“

Ich weiß nicht, warum mir neulich der Name des KZ-Arztes Dr. Sigmund Rascher (1909–1945) einfiel, von dem ich bereits 1954, als ich 17 Jahre alt war, gehört hatte, weil in der Münchner Illustrierten QUICK ein Artikel über ihn stand. Bei WIKIPEDIA steht ein langer Beitrag über ihn, im Literaturverzeichnis ist ein Aufsatz des Historikers Wolfgang Benz „Dr. med. Sigmund Rascher – eine Karriere“ aus den DACHAUER HEFTEN 1988



(S.190–214) aufgeführt, den ich mir habe kopieren lassen.

Sigmund Rascher trat während des Studiums 1933 der NSDAP bei, 1936 der SA und 1939 der SS. Am 23. April 1939 wurde Rascher von Heinrich Himmler, dem „Reichsführer SS“ in Berlin, empfangen. Seine 15 Jahre ältere Frau Karoline Diehl kannte Himmler, sie soll ihm vor 1933, in der Frühphase der NSDAP, vor Verfolgung Unterschlupf gewährt haben. Rascher selbst hat, was erwiesen ist, durch seine im KZ Dachau erfolgten „Unterdruckversuche“ über 150 Häftlinge umgebracht. Im März 1944 wurde er wegen mehrerer Betrugsdelikte und wegen Mord an seiner Assistentin Julie Muschler, mit seiner Frau verhaftet. Karoline Rascher kam ins Frauen-KZ Ravensbrück, wo sie nach einem Überfall auf eine KZ-Aufseherin gehängt wurde. Sigmund Rascher wurde auf Befehl Heinrich Himmlers von der SS im KZ Dachau durch Genickschuss exekutiert.

Letzten Sonntag gab es im Fernsehen einen Film über die Galapagos-Inseln. Ich war dreimal für mehrere Wochen in den Sommern der Jahre 1991/92/93 in Ecuador, zu dessen Staatsgebiet die Inseln gehören. Im Sommer 1993 flog ich von der Küstenstadt Guayaquil am Pazifik, der zweitgrößten Stadt des Landes, die 1254 Kilometer auf die Inseln. Dort gab es 1993 zwei Flughäfen, auf einem landeten wir. Für uns Touristen lag ein Schiff bereit, das wir mit einem Bus, der quer über die Insel fuhr, erreichten. Mit diesem Schiff, auf dem wir auch übernachteten und unsere Mahlzeiten einnahmen, fuhren wir von Insel zu Insel und bestaunten die Vogelwelt. Da die Tiere dort den Menschen nicht als Feind kennen, blieben sie sitzen, als wir uns näherten, auch die brütenden Vögel, und ließen sich streicheln. Am letzten Tag, als wir abends zurückfahren zu unserer Stamminsel, sahen wir Unmengen fischfressender Vögel am Himmel, die sich kopfüber in der Abendsonne ins Meer stürzten und immer, mit

einem Fisch im Schnabel, wieder auftauchten. Es war ein herrlicher Anblick!

Manchmal gehen mit Melodien durch den Kopf, von denen ich nicht weiß, woher sie kommen, zum Beispiel die zum Text „Wir sind auf der Walz vom Rhein durch die Pfalz, durch Bayern und Sachsen und Schwaben.“ Das stammt aus der Operette „Schwarzwaldmädel“, die 1917 an der Komischen Oper in Berlin uraufgeführt wurde. Der Komponist Leon Jessel (1871–1942) ist in Stettin geboren und starb am 04. Januar 1942 im Jüdischen Krankenhaus in Berlin. Wenn man weiß, dass er Jude war, ahnt man, was ihm zugestoßen ist. Er wurde, wegen eines Briefes an seinen Librettisten, am 15. Dezember 1941 von der GESTAPO in Berlin-Mitte abgeholt und fast totgeprügelt. Heute gibt es, seit 1985, in Berlin-Wilmersdorf, einen Leon-Jessel-Platz.

Jörg Bernhard Bilke 2024
(leicht gekürzter Abdruck, d.R.)

Nachruf auf Edda Sperling



Am letzten Januartag des neuen Jahres erreichte uns die traurige Nachricht: Edda Sperling, langjähriges Vorstandsmitglied der Vereinigung 17. Juni, ehemalige Hoheneckerin und streitbare Kämpferin für die vielfach noch immer ausstehende Anerkennung von SED-Unrecht ist tot. Sie starb nach langer schwerer Krankheit in Begleitung ihrer Tochter in einem Potsdamer Krankenhaus. Edda war gelernte Chemielaborantin, arbeitet lange Jahre bis zu ihrer Festnahme durch das MfS 1978 als Kranken- und OP-Schwester.

Später, nach der DDR-Haft, arbeitete Edda als Pharmareferentin für verschiedenste Unternehmen im In- und Ausland.

Im Haftbefehl vom 01. April 1978 hieß es: „Die Sperling, Edda [...] wird beschuldigt, einen ungesetzlichen Grenzübergang im schweren Fall versucht zu haben. Die Beschuldigte schloß sich mit der DDR-Bürgerin Hildebrandt zum ungesetzlichen Grenzübergang zusammen, und gemeinsam fuhren sie am 28.03.1978 nach Magdeburg, um dort ihr Vorhaben zu realisieren und in die BRD auf ungesetzlichem Weg zu gelangen. [...] Die Anordnung der U-Haft ist gem. § 122 gesetzlich begründet, weil Fluchtverdacht vorliegt, der sich aus dem Charakter der Straftat ergibt. Darüber hinaus wird die Tat mit Haftstrafe bedroht und es ist eine Maßnahme mit Freiheitsentzug zu erwarten.“ (Auszug aus der MfS-Akte).

Edda schrieb in einer Stellungnahme zur vorgeworfenen Straftat mutig: „Ich bin mir bewußt, daß ich nach den Gesetzen der DDR eine strafbare Handlung begangen habe, es wäre jedoch nie zu einer strafbaren Handlung gekommen, wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, gesetzlich die DDR zu verlassen. Ich bin auch weiterhin nicht gewillt, mein Leben in der

DDR fortzusetzen, sondern in der Bundesrepublik Deutschland.“

Am 28. Juli 1978 wurde Edda vom Stadtbezirksgericht Pankow u.a. nach den § 213 (ungesetzlicher Grenzübergang), StGB der DDR zu 2 Jahren und 7 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt und am 30. August 1978 in das Frauenzuchthaus Hoheneck/Stollberg im Erzgebirge überstellt. In einer „Einschätzung des Gesamtverhaltens der SG“ vom 26.10.1979 stellt ein Oberleutnant Marker der SV u.a. fest: „Die politische Grundhaltung der SG ist negativ. Aus ihrer Einstellung zur sozialistischen Gesellschaft und unseren Staat macht sie keinen Hehl.“

Am 10. Dezember 1979 (Tag der Menschenrechte!) wurde Edda gem. Staatsratsbeschluss vom 24. September 1979 über eine Amnestie entlassen. Edda wird auf Wunsch ihrer Familie im engsten Kreis ihre letzte Ruhe finden. Beileidsbekundungen können an die Vereinigung 17. Juni 1953 e.V., Pestalozzistr.26, 10627 Berlin gerichtet werden. Diese werden an die Familie weitergeleitet.

Vollständiger Beitrag unter: <https://redaktionhoheneckerbote.wordpress.com/>
Redaktion Hoheneck
Pestalozzistr.26, 10627 Berlin
Mobil: 0176-48061953
redaktion.hoheneck@gmail.com



Nachruf auf Edgar Strobel

Liebe Angehörige und Freunde der Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion, Edgar Strobel ist am 01. Januar 2024 im Alter von 95 Jahren in Mittweida verstorben. Über sieben Jahre Zwangsarbeit musste er im Straflager Workuta ableisten, bevor er seine Heimat im Dezember 1955 wieder betreten durfte. Er blieb in der DDR, da er seine Eltern und die geliebte Heimat in Sachsen nicht nochmals verlassen wollte.

Edgar Strobel und seine Ehefrau Inge sowie deren Tochter und Schwiegersonn waren Teil der unvergesslichen Delegationsreise im Jahr 2013 nach Workuta. Die Reise war anlässlich des 60. Jahrestages der blutigen Niederschlagung des Streiks am 01. August 1953 – allein im 10. Lager zählte man 64 Tote – organisiert worden.

Nach über 44 Stunden Zugfahrt von Moskau kamen wir am 31. Juli 2013 endlich in Workuta an. Als Edgar Strobel aus dem Zug stieg, sagte er in seiner unnachahmlichen Art, mit trockenem Humor und mit sächsischem Akzent: „Nu, dann wollen wir mal Land und Leute kennenlernen“. Als ob er nicht schon längst Land und Leute kannte.

Es war für uns Kinder der 2. Generation sehr bewegend neben noch zwei weiteren Zeitzeugen diese Reise mit Edgar Strobel und seiner lieben Frau unternehmen zu dürfen. Denn ohne die drei Zeitzeugen hätten wir so vieles nicht verstanden vom Lageralltag, den Haftbedingungen und vom Aufbau und Struktur der Schächte und dazugehörigen Lager. Einen Nachruf von Inge Strobel und Enkeltochter Anja Roth können Sie auf unserer Home-



Edgar Strobel im Jahr 2013 in Moskau.
Bildquelle: Stefan Krikowski

page unter AKTUELLES mit Eintrag vom 18.02.24 lesen: <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Die Beisetzung von Edgar Strobel fand am Mittwoch, den 28. Februar 2024 auf dem Neuen Friedhof in Mittweida statt. Möge Edgar Strobel in Frieden ruhen

In stiller Trauer
Stefan Krikowski

Nachruf auf Rolf Wiese

Unser langjähriger Kamerad Rolf Wiese, geboren am 22.10.1934 in Leipzig, ist am 11.01.2024 in Leipzig verstorben. Rolf Wiese (geb. 1934 in Leipzig) war ausgebildeter Möbeltischler. Im Dezember 1952 wurde er verhaftet, weil er eine systemkritische Flugblattaktion anlässlich Stalins Geburtstag plante. Verurteilt zu zehn Jahren Zuchthaus, davon zweieinhalb Jahre im Jugendgefängnis Dessau, wurde sein Urteil auf sechs Jahre reduziert. Nach vier Jahren wurde er entlassen und gelangte 1957 in die Bundesrepublik.

Zuletzt lebte Rolf im „Seniorenheim am Stadtplatz“ in Leipzig-Leutzsch, unweit seiner Wohnung in der Heimteichstraße (wo jetzt seine Tochter lebt). In einem Zeitzeugen-Portal der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind sieben kleine Filme eingestellt, in denen man Rolf Wiese sehen und zuhören kann: https://www.zeitzeugen-portal.de/personen/zeitzeuge/rolf_wiese

Flugblätter gegen die Militarisierung

In der Broschüre von Maud Rescheleit und Stefan Krippendorf: Der Weg ins Leben. DDR-Strafvollzug im Jugendhaus Dessau, 2002 herausgegeben als Band 26 in der Reihe „Sachbeiträge der Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehem. DDR in Sach-

sen-Anhalt“, ist auf den Seiten 40-49 der Beitrag „Rolf Wiese – Flugblätter gegen die Militarisierung“ nachzulesen.

Zeitzeugenarbeit

Im Zeitzeugenbüro der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie auf YouTube sind Video-Interviews mit Rolf Wiese zu finden.

- DDR-Zeitzeuge: <https://www.ddr-zeitzeuge.de/ddr-zeitzeugen-recherchieren/ddr-zeitzeuge/rolf-wiese-437.html>
- Zeitzeugenbüro: <https://www.zeitzeugenbuero.de/themendossiers/frueher-widerstand-in-der-sbz/ddr-1945-1953/zeitzeugenberichte-frueher-widerstand-in-der-sbz/ddr>



- YouTube: https://www.youtube.com/results?search_query=rolf+wiese

Rolf Wiese war Fördermitglied er UOKG.

Im Namen der VOS Dietmar Hammer,
VOS Leipzig
In Trauer, Rainer Müller, VOS Leipzig
www.dissidenten.eu

Eröffnung Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck

Die Eröffnung der Gedenkstätte Hoheneck mit der dazugehörigen Dauerausstellung und Teileröffnung des Zellenhaus findet offiziell am 11. Juli 2024 statt. Zu diesem Termin wird der Bundespräsident, Frank-Walter Steinmeier die Gedenkstätte besuchen. Eingeladen werden Vertreter aus Bund und Land. Die Opferbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, wird zusammen mit den ehemaligen inhaftierten Frauen, die Eröffnung begleiten.

Am 12. Juli 2024 wird ein Tag für die Frauen und Angehörige stattfinden. Zu beiden Terminen wird zeitnah eingeladen und informiert.

Konstanze Helber – Vorsitzende Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/SED-Diktatur e.V., info@verfolgteddrfrauen.de

Nachruf auf Hille Bohley

Hille „Hille“ Bohley gehört zu den Frauen, deren Namen selten in den Aufarbeitungsgeschichten aus Diktaturen auftauchen. Dabei waren oft gerade sie es, die den Raum für den „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ (Vaclav Havel) absicherten.

Bei „Kalle und Hille“ gingen viele Menschen ein und aus. Zuerst in der Friedensstraße, später im Kröllwitzer Kirschbergweg war immer Platz für Diskussionen, Musik und diverse Feste. Bei Bedarf war für die Besucher auch stets Platz am runden Esstisch – zwischen den Eltern und ihren fünf Kindern. Möglich war so ein Leben, weil die organisatorischen Fäden für das vielfältige Geschehen bei Hille zusammenliefen und souverän von ihr gemanagt wurden. Sie war es, die mit oft einfachen Mitteln, großen Töpfen und Kannen alle beköstigte und die Räume mit sicherem Blick fürs Schöne gestaltete. Dort konnte man sich wohlfühlen. Alles atmete den Geist von Großzügigkeit und innerer Freiheit.

Nach der Biermann-Ausbürgerung 1976 suchte die Stasi nach den Urhebern eines Flugblatts, das etliche hallesche Bürger am 23. Dezember 1976 in ihren Briefkästen gefunden hatten. Karl Bohley hatte zwar nichts mit dieser Protestaktion zu tun, stand aber schon länger unter Beobachtung der Staatssicherheit. Im Rahmen der Fahndung nach den Urhebern der



Familienfoto von 1976. Hille Bohley inmitten ihrer Kinderschar, aufgenommen kurz vor der Verhaftung ihres Mannes im Januar 1977.

Flugblätter schlug die Staatsmacht zu und setzte den Störer sozialistischer Friedhofsruhe fest.*

Die erste Festnahme morgens 6.00 Uhr zur „Klärung eines Sachverhalts“ wehrte die Familie noch an der Wohnungstür ab. Doch zwei Tage später fingen die Genossen der Staatssicherheit Karl Bohley auf dem Weg zur Arbeit ab, zerrten ihn in ein Auto und brachten ihn in den ROTEN OCHSEN.

Die Ehefrau ahnte davon nichts und wurde erst durch eine Hausdurchsuchung ins Bild gesetzt. Trotz Angst und Aufregung ließ sie sich nicht einschüchtern. Geistesgegenwärtig schrieb sie den Text der Anordnung der Hausdurchsuchung, Namen, Dienstausweisnummer und Telefonnummer des Staatsanwalts auf, notierte 79 beschlagnahmte „Positionen“ – Briefe, Notizzettel, Zeitungsausschnitte und ein Tonband. Amtlicher Kommentar des Beschlagnahmeprotokolls: „Die auf diesem Tonband aufgezeichnete Veranstaltung des Wolf Biermann in der Kölner Stadthalle wird gemäß §13 Abs. 4 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der DVP vom Untersuchungsorgan gelöscht.“

Hille Bohley informierte den Betrieb ihres Mannes. Eine Bürgschaftserklärung wurde von der Leitung abgelehnt, aber etliche Kollegen solidarisierten sich. Ein Spitzel berichtete: „In der Gaststätte 'Friedensklause' haben sich Kollegen [...] zusammengefunden und eine finanzielle Sammlung für Familie Bohley angeregt.“ Das MfS vermerkt: „Maßnahmen zur Verhinderung derartiger Sympathiekundgebungen wurden über die Parteiorganisation und den staatlichen Leiter des Betriebes eingeleitet.“ Trotzdem gelang es Hille Bohley bei den Kollegen Unterschriften für ihren Mann zu sammeln. Die Solidaritätsaktionen setzten sich bis zur Gerichtsverhandlung am 3./4. März 1977 fort. Das MfS vermerkt ein „... demonstratives Erscheinen fast aller Familienmitglieder und von Arbeitskollegen zu der Gerichtsverhandlung vor dem Verhandlungszimmer. Entgegen der Aufforderung des Vorsitzenden des Gerichtes räumten die Personen den Flur bzw. das Gebäude nicht.“

Wegen frecher Bemerkungen gegenüber einem MfS-Mitarbeiter („Väterchen, weißt du denn nicht, was für Geld du verdienst? Das ist doch Blutgeld.“) wurde



Fotos: privat Familie Bohley

IN MEMORIAM Hille „Hille“ Bohley, geb. Volland, * 30. April 1943 in Halle, † 03. Februar 2024 in Halle.

Karl Bohley in nichtöffentlicher Verhandlung wegen „Staatsverleumdung“ zu sechs Monaten Haft verurteilt, die er auch absitzen musste, bevor er in die Bundesrepublik entlassen wurde. Die Familie stellte einen Ausreiseantrag auf Familienzusammenführung.

Während der Haft ihres Mannes erlebte Hille Bohley viel Unterstützung von Freunden und Familie. Im großen Garten am Haus im Kirschbergweg organisierte die „hallesche Szene“ eine Versteigerung mit Zaubern und künstlerischen Einlagen. Der Erlös ging an die Familie. Mit souveränem Geschick organisierte Hille Bohley dann ganz allein die Übersiedlung des Hausstands mit fünf Kindern nach Westberlin inkl. aller staatlichen Schikanen, die so eine Ausreise begleiteten.

Der große runde Tisch stand nun in Berlin-Schöneberg und auch dort wurden „Hille und Kalle“ Anlaufpunkt für ausgereiste oder in Haft vom Westen freigekaufte Freunde und Bekannte. Die Kinder wuchsen heran und nach Eintritt ins Rentenalter verlegte das Ehepaar ihren Wohnsitz wieder nach Halle. Am 03. Februar 2024 ist Hille Bohley begleitet von Mann und Kindern zu Hause gestorben.

Heidi Bohley

Zum Wirken von Hille Bohley:

* Udo Grashoff: Erhöhter Vorkommnisfall. Aktionen nach der Biermann-Ausbürgerung im Bezirk Halle. Halle 2001. Seite 42-53. <https://www.zeit-geschichten.de/wp-content/uploads/2019/09/erh%C3%B6hter-vorkommnisfall.pdf>

BdV begrüßt Berufung der Vertriebenenpolitischen Sprecher

Zugleich herrscht Entrüstung über die Benennung des AfD-Landtagsabgeordneten Daniel Halemba als Vertriebenenpolitischen Sprecher seiner Fraktion beim Bund der Vertriebenen (BdV) in Bayern. In einem Schreiben an AfD-Fraktionsvorsitzende Ebner-Steiner bezeichnete BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer die Personalentscheidung „als Provokation“. Er könne nicht verstehen, dass die AfD-Fraktion ihren wohl umstrittensten Politiker zum Ansprechpartner für die Heimatvertriebenen und Aussiedler im Freistaat

erkoren hat. Nachdem sich sowohl der AfD-Bundesvorstand wie die Delegierten des jüngsten AfD-Landesparteitages von Halemba distanziert hätten, sei dessen Berufung weder akzeptabel noch nachzuvollziehen, und, sie werde sicherlich zu einer weiteren grundlegenden Neubewertung der Partei führen. An Ebner-Steiner gewandt meinte der ehemalige Aichach-Friedberger Landrat: „Ob sich Ihre Partei damit einen Gefallen getan hat, müssen Sie selbst beurteilen.“ Freude hat dagegen beim Vertriebenen-Dachverband

die Tatsache ausgelöst, dass alle Landtagsfraktionen wieder „Vertriebenenpolitische Sprecherinnen und Sprecher“ benannt hätten. Dies sei in der Bundesrepublik einmalig und zeige die besondere Wertschätzung, die den Heimatvertriebenen und Aussiedlern entgegengebracht werde. Für die CSU wird weiterhin Haushaltsvorsitzender Josef Zellmeier, für die Freien Wähler Bernhard Pohl und für die SPD Volkmar Halbleib diese Sprecherfunktion ausüben. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen hat hierfür die Würzburger Abgeordnete Kerstin Celina als Nachfolgerin von Gülseren Demirel aus München benannt.

Susanne Marb, Bund der Vertriebenen

Empfehlungen der Redaktion

Film: „Nawalny“ – Der Mann, der Putin die Stirn bot

2022 will Alexej Nawalny keinen „langweiligen“ Nachruf drehen, sondern seinen Kampf gegen Putins Regime als „Thriller“ erzählen. Die Dokumentation „Nawalny“ zeigt diesen Thriller seiner Verfolgung bis zur Vergiftung und seinen Widerstand gegen den Kreml. Doku-Film über Alexej Nawalny, A film by Daniel Rohrer (Länge: 1:23 Std.):

<https://www.n-tv.de/mediathek/videos/politik/Der-Mann-der-Putin-die-Stirn-bot-article24741824.html>

Archive: Archive sind Orte des Forschens und Lernens. Sie ermöglichen Schülern unmittelbare Zugänge zu den originalen Spuren der Vergangenheit. Der Band „Historischer Lernort Archiv“ leuchtet das Potenzial des Archivs als historischem Lernort aus. Er stellt archipädagogische Lehr- und Lernformate vor, zeigt an konkreten archivarischen Quellen die Herausforderungen und Chancen des historischen Lernens im Archiv und bietet zahlreiche praktische Anregungen.

<https://www.wochenschau-verlag.de/Historischer-Lernort-Archiv/41599>

Museen: Museen gelten als wichtiger außerschulischer Lernort für den Geschichtsunterricht. Der zweite neue Band „Historisches Lernen im und über das Museum“ bietet einen Überblick über die Geschichte von Museen, die zentralen Eigenschaften und die Formen dieser Institution. Auf dieser Basis werden verschiedene Möglichkeiten vorgestellt, etwa, wie Museumsbesuche für histori-

sches Lernen im und über das Museum genutzt werden können. Neben dem Stand der Theorieentwicklung und der empirischen Forschung werden konkrete Arbeitsaufgaben für den Geschichtsunterricht präsentiert. Somit verbindet der Band geschichtsdidaktische Theorie, Empirie und Pragmatik.

<https://www.wochenschau-verlag.de/Historisches-Lernen-im-und-ueber-das-Museum/41589>

Bücher



Der Erinnerung auf der Spur: Dieses Buch ist ein didaktischer und methodischer Exkursionsleitfaden am Beispiel der Erinnerungskultur des Ortes Workuta.

Wie wird der Gulag in Russland erinnert? Wie lebt es sich in einer Stadt, deren Vergangenheit so eng mit den Gräueln der Lager verknüpft ist? Spricht man dort heute noch von diesen Geschehnissen? Oder sind sie längst von anderen Erinnerungsschichten überlagert und verdeckt? Welche Bedeutung hat diese Geschichte für uns heute in Deutschland? Diesen Fragen ging fünf Monate lang eine deutsch-russische Studentengruppe in Workuta, Ort eines der bekanntesten russischen Gulags, nach. In dem vorliegenden Buch erläutern die Leiter des Workuta-Projekts ihre Erfahrungen und methodischen Vorgehensweisen (Topografieanalyse, Museumsanalyse, Zeitzeugeninterview, Interkulturelle Reflexion) und verallgemeinern

ihre Ergebnisse auf die historische Projektarbeit insgesamt. In Kombination mit zahlreichen Arbeitsmaterialien wird das Buch so zu einem nützlichen Leitfaden für die historisch-politische Bildungsarbeit. Thomas Milde, Rosanna Dom, Markus Wollny: Reihe Wochenschau Wissenschaft 2012, 176 Seiten, ISBN 978-3899748093.

<https://www.wochenschau-verlag.de/Der-Erinnerung-auf-der-Spur/4809>

20 Jahre oder wie es wirklich war:

„Nach ca. dreißig Jahren habe ich endlich die innere Kraft und Konzentration gefunden, die Geschehnisse am 15. September 1983 in Worte zu fassen und nieder zu schreiben. An diesem Tag wurde ich zusammen mit meiner Frau früh auf dem Weg zur täglichen Arbeit von der Staatssicherheit der DDR auf der Straße angehalten, in ein anderes Auto verladen und zur Staatssicherheit nach Dresden verbracht. Von da ab haben wir unsere Heimat bis zum Mauerfall nicht mehr gesehen. Die Inhaftierung kam plötzlich und völlig unerwartet, weil wir uns keiner adäquaten Handlung oder Tat bewusst waren, die eine solche Reaktion der Staatssicherheit begründen würde. Nach intensiven Erpressungsversuchen durch die Stasi mich als Stasispitzel anzuwerben, den ich mehrfach wiederholt widerstand, wurden wir zu je 3 Jahren und fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Wir besaßen einen kleinen Handwerksbetrieb, d.h. eine kleine Auto-Vertragswerkstatt, die man uns dann brutal ohne Entschädigung enteignete und uns danach in die Bundesrepublik entließ. Diese Geschehnisse in dieser Zeit waren so eingravierend, dass es mir nicht möglich war, diesen Übergreif der Staatssicherheitsgewalt bereits eher nieder zu schreiben. Auf Grund



dessen möchte ich, dass diese mehrfachen Vergewaltigungen normaler Bürger als ein Stück Geschichte der DDR bewahrt und archiviert werden. Deshalb stelle ich Ihnen hiermit das kleine Büchlein zur Verfügung. Zum einen zur Kenntnisnahme und zum anderen zum Aufarbeitung der Geschichte der DDR.“ Das Buch schildert die Erlebnisse und Erfahrungen des Autors und seiner Familie. Ausgrenzung, materielle Enteignung, Haft und Erpressung zum Denunziantentum waren willkürliche Machtmittel von SED und MfS in der DDR. Ein Paradebeispiel zum Verständnis über das Wirken totalitärer und diktatorischer Regime. Ein Beispiel, das für viele Betroffene stellvertretend steht und Einblick in diese Prozesse gibt, subjektiv und dennoch hilfreich, um auch die mentalen und materiellen Verletzungen Betroffener bis in die Gegenwart zu verstehen. (Redaktion Stacheldraht) Ulrich Brunner: 20 Jahre oder wie es wirklich war, Selbstverlag 2023. Bezug über Ulrich Brunner, Untere Siedlung 2, 01796 Dohma

Denken statt denkmalen:



Deutschland ist ein einzig Denkmalland, besitzt es doch Denkmäler für fast alles und fast jeden. Die Deutschen scheinen von einer „Denkmalwut“ besessen. Doch seit wann ist das so? Warum und mit wel-

cher Intention wurden so viele Denkmäler errichtet? Wolfgang Wippermann analysiert in seinem Buch, welche politischen und ideologischen Motive diesem Phänomen zugrundeliegen, und geißelt den grassierenden Denkmalkult hierzulande. Seine provokante Frage muss erlaubt sein: Haben sich die Denkmäler nicht längst selbst überlebt? Gewohnt pointiert und allgemein verständlich fordert er stattdessen: Denken statt denkmalen! Wolfgang Wippermann: Denken statt denkmalen: Gegen den Denkmalwahn der Deutschen, Rotbuch Verlag 2010, 192 Seiten, ISBN-13: 978-3867891158

Zeitungen und Zeitschriften der Vertriebenen und der Opfer des Stalinismus:

- Freiheitsglocke. Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.; <https://www.vos-ev.de/zeitung/>
- Pommern. Zeitschrift für Kultur und Geschichte. <https://zsp.pommerscher-greif.de/>
- Preußische Allgemeine. Zeitung für Deutschland • Das Ostpreußenblatt • Pommersche Zeitung. <https://paz.de/>
- Schlesische Nachrichten. <https://landsmannschaft-schlesien.de/news-medien/zeitschriften/schlesische-nachrichten-2/>
- Allgemeine Deutsche Zeitung für Rumänien. <https://adz.ro/startseite>
- Sudetendeutsche Zeitung. <https://www.sudeten.de/Sudetendeutsche-Zeitung>

– Deutscher Ostdienst. Nachrichtenmagazin des Bundes der Vertriebenen. <https://www.bund-der-vertriebenen.de/medien/deutscher-ostdienst>

Präsenzbibliothek der UOKG

Die UOKG hat in ihrer Präsenzbibliothek eine umfangreiche Auswahl an Büchern. Hier finden Interessenten unzählige Geschichten von und über Menschen, die zum Teil Jahrzehnte traumatisiert durch das Leben gehen mussten. Sie waren und sind bis heute von ihrer individuellen Unschuld überzeugt. Sie wurden Opfer geopolitischer Machtinteressen der Sieger unter dem Siegel kollektiver Verantwortung und Bestrafung. Diese Geschichten halten der Gegenwart einen Spiegel vor, der in der Gesellschaft weitgehend verdrängt wird. Doch lesen sie selbst! Erwerben sie die Bücher oder lesen sie sie in der aktuell entstehenden Präsenzbibliothek der UOKG. Nehmen sie sich die Zeit, denken sie darüber nach und erkennen sie, was Menschen Menschen antun können und wollen.

Webportal DDR-Zwangsarbeit online

Die UOKG hat im Rahmen des Förderprogramms „Jugend erinnert“ ein Webportal konzipiert, das Informationen und Materialien zum Thema DDR-Zwangsarbeit

Hinweise und Korrekturen

Beitrag „Streit um ehemalige Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit“ S.12: Der Beitrag spiegelt eine persönliche Sicht auf die aktuellen Auseinandersetzungen um die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des MfS und die Aufarbeitung der SED-Diktatur wider. Es ist eine Perspektive, die Personen namentlich aufführt, kritisiert und z.T. ohne Quellennachweis historisch einordnet. Der Beitrag enthält Aussagen, die nicht der Ansicht und dem Kenntnisstand der Redaktion und der UOKG entsprechen.

Beitrag „Leben und Sterben im Lager Ketchendrof“ S.22: Das Bild in Ergänzung, denn es gehört ja nicht zum nebenstehenden Text: „Wolfgang Lehmann am 07.12.2023 beim Ortsverband des BvV in Bensheim mit der Vorsitzenden Brigitte Sattler“.

Die Redaktion dankt allen aufmerksamen Lesern des Stacheldrahtes für Korrekturen und Hinweise. Dank an alle Leser auch für die fortwährend zahlreichen Beiträge und interessanten Zuschriften! Leider können nicht immer alle Beiträge veröffentlicht und gewürdigt werden. Dafür bitten wir um Verständnis. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Digitaler „stacheldraht“: Unsere Verbandszeitschrift „der stacheldraht“ kann für die Jahrgänge 2009 bis 2023 als PDF-Dokument Online im Archiv abgerufen werden unter: <https://www.uokg.de/der-stacheldraht/>

Abonnenten können die jeweils aktuelle Ausgabe als PDF-Dokument zugestellt bekommen. Wir bitten in diesem Fall um eine kurze Mitteilung per E-Mail an: der-stacheldraht@uokg.de

Die UOKG im Internet: <https://www.uokg.de/>

Facebook: https://www.facebook.com/UOKGeV/?locale=de_DE

Youtube: <https://www.youtube.com/channel/UCUIJCC9UqEajt3vQE5eFwLw>

Wikipedia: https://de.wikipedia.org/wiki/Union_der_Opferverb%C3%A4nde_Kommunistischer_Gewaltherrschaft

Redaktionsschluss siehe Impressum letzte Seite


Beachten Sie zur gedanklichen Anregung auch unser jeweiliges Zitat auf der letzten Seite.



Zeitzeugen sowie zahlreiche Literaturtipps. Zudem wird die Seite demnächst

beit bereithält. Das Webportal bietet unter der Adresse www.zwangsarbeit-ddr.de eine interaktive Karte, historische Hintergrundinformationen, zehn Video-Interviews mit

Bildungsmaterialien bereithalten, die zur Zeit konzipiert werden. Die interaktive Karte listet alle der UOKG bekannten Orte der Zwangsarbeit in der DDR auf. Die Nutzerinnen und Nutzer finden neben Strafvollzugseinrichtungen auch Durchgangsheime und Jugendwerkhöfe. Die Einträge werden laufend vervollständigt und erweitert. Eine persönliche Perspektive auf das Thema Zwangsarbeit bieten zehn Zeitzeugeninterviews, die in der Mediathek der Seite zu finden sind. Dieter

Dombrowski, Thomas Drescher, Anne Hahn, Frank Herrmann, Silvia Krause, Cornelia Kurtz, Falk Mrázek, Alexander Müller, Carla Ottmann und Birgit Schlicke geben Einblicke in ihre Zeit als politische Häftlinge bzw. als Jugendliche im DDR-Heimsystem. Sie berichten, unter welchen Bedingungen sie für DDR-Betriebe wie Pentacon Dresden, Planet Eppendorf oder im Stahlwerk Riesa im Akkord Produkte herstellen mussten, die häufig in der Bundesrepublik verkauft wurden. 

Suchanzeigen

Zeitzeugen gesucht

Ich studiere Geschichte im Master an der Humboldt-Universität zu Berlin. Meine Abschlussarbeit setzt sich mit dem Untersuchungsgefängnis des Mdl in der Keibelstraße auseinander. 1951 errichtet, diente es als bedeutender Haft- und Repressionsort des SED-Regimes. Leitende Fragestellung des von Prof. Dr. Jörg Barberowski betreuten Projekts ist der Platz des Gefängnisses in der Diktatur. Entsprechend sollen vor allem die Bedingungen in der Keibelstraße untersucht werden. Darüber hinaus geht es auch um die Besonderheiten der Untersuchungshaftanstalt II. Diesbezüglich wird die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit im Mittelpunkt stehen.

Meine Forschungen zur bisher weitgehend unbeachteten Untersuchungshaft bei der Volkspolizei sind auf Zeitzeugen angewiesen. Ihre Aussagen leisten einen wertvollen Beitrag zur Aufarbeitung von politischer Verfolgung in der DDR. **Gesucht werden potenzielle Interviewpartner, die längere Haftzeiten und Zuführungen in Untersuchungshaftanstalt und Präsidium der Volkspolizei über sich ergehen lassen mussten.** Für jede Gesprächsbereitschaft bin ich sehr dankbar! **Kontakt:** Carlos Römer, E-Mail: carlos.roemer@gmail.com, Mobil: 01637886745

Suchanzeige

Mein Name ist Roland Thau. In war in der DDR politischer Häftling und habe zwischen 1980 und 1981 wegen versuchter Republikflucht in bulgarischen Gefängnissen sowie im Stasi-Knast Cottbus einsitzen müssen. Ich würde mich freuen, wenn sich andere Betroffene und Zeitzeugen bei mir melden würden um sich auszutauschen und evtl. gegenseitig zu helfen. In meiner Haft habe ich das Buch „§ 213“ geschrieben, welches sehr gut ankommt. Leider habe ich noch keinen Verlag für eine

Veröffentlichung gefunden. Ungesetzlicher Grenzübertritt (auch Republikflucht) war in der DDR eine Straftat gegen die staatliche und öffentliche Ordnung nach § 213 des Strafgesetzbuchs (StGB). Die Strafbewehrung diente in erster Linie dazu, Einwohner der DDR aufgrund des Versuchs der Flucht aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland zu bestrafen.

Kontakt: Roland Thau, JVA Bautzen, Breitscheidstraße 4, 02625 Bautzen

Suchanzeige VOS Sachsen-Anhalt

Wir, die VOS Sachsen-Anhalt, suchen Häftlinge aus Brandenburg-Görden, die um 1978 im Haus 4 inhaftiert waren. Wer kennt den Zeichner des hier veröffentlichten Bildes? Es handelt sich um eine Bleistiftzeichnung. Heute ist das ehemalige Zuchthaus eine Gedenkstätte, Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-



Copyright Rechteinhaber Gedenkstätten Brandenburg an der Havel ZelleB

Görden: <https://www.Stiftung-Brandenburgische-Gedenkstaetten.de> Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden Brandenburg-zuchthaus-sbg.de

Der ehemalige Brandenburger Häftling Wolfgang Stock (1951–2015) erhielt 1983 eine Postkarte mit dieser Zeichnung. Der Absender der Postkarte und Wolfgang Stock lebten in dieser Zeit bereits in der Bundesrepublik. Es könnte daher gut möglich sein, dass beide zuvor aus politischen Gründen in Brandenburg-Görden inhaftiert waren. Die sehr detaillierte Zeichnung ist heute Bestandteil der Ausstellung in der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg-Görden, Anton-


Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg an der Havel.

Unsere Frage: Wer erkennt sich ggf. auf der Zeichnung wieder und wie hieß der Maler des Bildes?

Zuschriften: VOS Sachsen-Anhalt, michaelteupel@yahoo.de

Internet: <https://aufarbeitung.sachsen-anhalt.de/service/vereine-gedenkstaetten>

Kontakt und Beratung: Rehabilitierungsfragen in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale), Anmeldung (03 45 - 5 60 42 60), jeden 2. Dienstag des Monats, 14.00–16.00 Uhr und im Verein Zeit-Geschichte(n) e.V. (s.o.) jeden letzten Donnerstag des Monats, 16.00–18.00 Uhr.

Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen-Anhalt e.V. c/o Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg, Umfassungsstraße 76, 39124 Magdeburg
Bezirksgruppe Lutherstadt Eisleben
Michael Teupel (Vorsitzender) 

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53, E-Mail: kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz
(DDR-Zwangsadoption und ehemalige Heimkinder)
Telefonische Sprechzeiten: Mo, Di, 10–15 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54, Mobil: 0151 721 098 10
Persönliche Termine nach Absprache
E-Mail: kurtz@uokg.de

Magdalena Kuhn, Dipl.-Psych. /
ab 01.02.2024 in Vertretung Anne Maltusch
Mo, Mi, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52,
E-Mail: kuhn@uokg.de / maltusch@uokg.de

Tanja Germer, Dipl.-Päd.
Mo, Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 57 79 87 39, E-Mail: germer@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird eine telefonische Anmeldung empfohlen. Termine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben:

Heinz Assig, Gudrun Bär, Walter Bengel, Erna Carbow, Anita Dentler, Helmut und Gundula Digutsch, Christiane Donat, Hanne-Lore Enigk, Heike Fengler, Klaus und Christiane Fischer, Dieter und Martine Gefrörer, Mario Gimpel, Werner Henning, Erik Hofmann, Uwe Kaspereit, Anneliese Könecke, Ingeborg Kuhne, Wolfgang Lehmann, Rolf und Dagmar Leonhard, Fritz und Regina Lesemüller, Uwe Malcharek, Peter Menzel, Rainer Opitz, Thomas Rademacher, Uwe Reinhardt, Heike Freifrau von Schade, Rocco Schettler, Rainer und Sigrid Schmiedel, Cornelia Schneider, Siegfried und Renate Schöne, Dr. Thomas Somlin, Dr. Heinz Steudel, Michael Striss, Christine Tecza, Michael Teltz, Karl-Heinz Ulrich, Paul R. Wischniewski, Anneliese Wolf, Karl Wruck, Wolfgang Finger, Wolfgang Grohmann, Peter Hertz, Helga Irmsch, Dr. Eberhard Kempf, Angelika Kurtz, Reinhard Linde, Klaus und Dr. Ingrid Muder, Jörg Neumann, Günter Schramm, Manfred Schulz, Doris Schulze, Joachim Tetzlaff, Helge Viereck

Zitat

„Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande.“ – Augustinus von Hippo, auch: Augustinus von Thagaste, Augustin oder Aurelius Augustinus war einer der vier lateinischen Kirchenlehrer der Spätantike und ein wichtiger Philosoph an der Epochenschwelle zwischen Antike und Mittelalter. Augustinus war zunächst Rhetor in Thagaste, Karthago, Rom und Mailand. Quelle: De civitate dei, IV, 4, 1. Übers.: Papst Benedikt XVI, Rede vor dem Deutschen Bundestag am 22. September 2011, Original lat.: „Remota itaque iustitia quid sunt regna nisi magna latrocinia? Quelle: vatican.va, https://www.vatican.va/content/benedict-xvi/de/speeches/2011/september/documents/hf_ben-xvi_spe_20110922_reichstag-berlin.html#_ftnref1; Benedikt XVI.: In Gott ist unsere Zukunft. Ansprachen & Predigten während seines Besuchs in Deutschland. St. Benno-Verlag, Leipzig 2011, ISBN 978-3746231617.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck „ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 2/24: 15. März 2024

Redaktionsschluss Ausgabe 3/24: 12. April 2024

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

